

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ ZUR REGIERUNGSBILDUNG NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Burgfrieden in unruhigen Zeiten

Bei einer repräsentativen Umfrage von infratest/dimap für die »Tagesschau« Ende November 2013 votierten zwei Drittel der Befragten für eine große Koalition. Drei Viertel derer, die sich als SPD-Anhänger zu erkennen gaben, wollten das schwarz-rote Bündnis. Dagegen waren gerade einmal 22 beziehungsweise 18 Prozent.

Auch die Wirtschaftspresse reagierte ziemlich unangenehm auf den Koalitionsvertrag. Hauptkritikpunkt war hier nicht einmal der Mindestlohn von 8,50 Euro, der ohnedies erst zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2017 kommen wird. Statt dessen wurde die Verbesserung der Renten für Mütter, die vor 1992 Kinder bekommen haben, zum Risiko für die Rentenversicherung beschworen. Angeblich 130 Milliarden Euro soll diese Reform bis 2030 kosten, die Bundesregierung spricht von 90 Milliarden. Auch die Rente mit 63 für langjährig Versicherte, die 45 Beitragsjahre vorweisen können, wurde heftig kritisiert. Es sind tatsächlich Nebenkriegsschauplätze, die wohl mehr der Form halber eröffnet wurden, um die Befriedigung des Unternehmerlagers über den Ausgang der Koalitionsverhandlungen nicht allzu deutlich werden zu lassen. Denn ein Politikwechsel, wie ihn die SPD in ihrem Wahlkampf versprach, ist nicht zu erkennen, ebensowenig eine wirkliche Abkehr von der Agenda 2010.

Natürlich hat die deutsche Bourgeoisie weitergehende Wünsche, z.B. Steuerentlastungen, niedrigere Lohnnebenkosten und was sonst noch mehr. Aber angesichts im europäischen Vergleich günstiger Arbeitskosten und hoher Arbeitsproduktivität sind die führenden Unternehmer offenbar mit Profithöhe und Konjunkturaussichten einstweilen zufrieden und setzen auf »Weiter-So«. Das kommt zum Ausdruck, wenn der neugewählte Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, auf die Frage nach seiner Haltung zu einer großen Koalition antwortete: »Nach dem bisherigen Verlauf könnte man da in der Tat etwas ins Grübeln geraten. Aber ich sehe eben auch keine Alternative, die wirtschaftspolitisch erstrebenswerter wäre. Deshalb setze ich darauf, dass am Ende doch eine verantwortungsbewusste neue Regierung mit einem ausgewogenen Regierungsprogramm steht. Wir wünschen uns jedenfalls eine Koalition, in der die Argumente der Wirtschaft gehört werden. Und ich bleibe da auch zuversichtlich.« (FAZ, 21.11.2013) Zum Optimismus des BDA-Chefs dürfte auch das Wissen beitragen, dass Gesetze nicht für die Ewigkeit gemacht werden, was heißt, dass bei veränderter Konjunktur- und Haushaltslage soziale Leistungen



auch wieder gekappt werden können.

Die SPD hatte den »Politikwechsel« in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes

gestellt. Darunter konnte sich jeder vorstellen, was ihm passte, auch die Abkehr von Hartz IV. Zuletzt bedeutet für die SPD ein Politikwechsel ihre Beteiligung an der Bundesregierung. Mit den Worten von Frank Walter Steinmeier auf dem Leipziger SPD-Parteitag am 15. November 2013: »Wir wollten nie nur am Rande stehen und zuschauen!« Das hatte auch der SPD-Vorsitzende, Sigmar Gabriel, bei der 150-Jahr-Feier der SPD im Mai 2013 in Leipzig im Sinn, als er feststellte, die SPD sei die »demokratische Konstante in der deutschen Geschichte«, das »Rückgrat der deutschen Demokratie«.

Es gibt tatsächlich eine Minderheit unter den SPD-Mitgliedern, die sich eine sozialdemokratische Politik anders vorstellt, als sie es bei ihrer Führung erleben. Die sich eine rot-rot-grüne Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen wünschen. Aber unabhängig davon, ob eine solche Verbindung nicht an ihren inneren Widersprüchen scheitern würde, reicht es nicht, sich soziale Reformen zu wünschen. Man muss auch sehen, welche Kräfte es gibt und welche Voraussetzungen bestehen, derlei gegen den Widerstand des Unternehmerlagers zu bewirken.

So betrachtet, lagen und liegen die Chancen schlecht – und dies drückte sich bereits im Ergebnis der Bundestagswahl aus. Es ist nicht allein die relative Zufriedenheit einer Mehrheit der Lohnabhängigen mit ihrer aktuellen sozialen Lage und der vorhersehbaren Zukunft. Es ist wahrscheinlich mindestens ebenso sehr das verbreitete Bewusstsein darüber, dass es in den großen Staaten der Europäischen Union breiten Massen

Zur Regierungsbildung 2013

Die Klassengegensätze bleiben

Syrien

EU-Grenzregime

Griechenland

wirtschaftlich schlechter geht. Diese Wahrnehmung fördert gegenwärtig einen Konservatismus sowohl auf Seiten der Bourgeoisie wie auf Seiten der lohnabhängigen Klassen. Die Folgen dieses Zustandes für die beiden großen Klassen sind jedoch sehr unterschiedlich. Während der Konservatismus der Unternehmer ihrer tatsächlichen Stellung in der Gesellschaft entspricht und ihnen nicht schadet, entwaffnet er die Lohnabhängigen und nimmt ihnen das Bewusstsein für ihre Klasseninteressen, die sich von denen der Bourgeoisie unterscheiden. Wo der soziale und politische Gegensatz nicht auf die Spitze getrieben wird, fällt das erst einmal nicht auf. Bloße Propaganda kann an diesem Zustand nichts ändern, das werden auch jene Juso-Landesverbände und verschiedene Initiativen erkennen, die in den letzten Tagen für ein Nein bei der SPD-Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag geworben haben. Was zu tun bleibt, ist die Fortsetzung dessen, was Kommunisten auch in der Vergangenheit taten: Uns aktiv an den sozialen Auseinandersetzungen beteiligen, wo immer wir es können. 3.12.2013 ■

Große Koalition will Ruhe im Betrieb, deshalb erneuter Angriff auf das Streikrecht

2010 hatten sich BDA und DGB auf eine gemeinsame Initiative geeinigt, eine Konkurrenz mehrerer Gewerkschaften in einem Betrieb gesetzlich »still zu legen«, was in der Konsequenz ein Eingriff in das grundgesetzlich verankerte Koalitionsrecht und Streikrecht bedeutete.

Vornehmlich in der Gewerkschaft ver.di war die Diskussion und Entrüstung über diese Initiative so lebhaft, dass der Gewerkschaftsrat diesem Vorhaben die Unterstützung entzog, in Konsequenz verfolgte der DGB die Initiative nicht weiter. (s. Arbeiterpolitik Nr. 4/5. Oktober 2010) Die schwarz-gelbe Koalition konnte sich auf keinen gemeinsamen Gesetzentwurf einigen.

Doch die Arbeitgeber gaben an dieser Front nie auf. Wieder und wieder erinnerten sie die Kanzlerin an ihr

■ GROSSE KOALITION WILL SOZIALEN AUSGLEICH HERSTELLEN -

Klassenwidersprüche melden sich dennoch zu Wort

Nachfolgender Text ist der Beitrag eines Genossen zur Diskussion des vorhergehenden Artikels zu den Koalitionsverhandlungen. *die Red.*

Die kapitalistische Produktionsweise wird als Wirtschaftssystem von den Parteien und der Mehrheit der Bevölkerung nicht infrage gestellt. Die Kritik und das politische Handeln richten sich gegen die Wirkungen des ökonomischen Systems. Selbst in der Partei »Die Linke« erklärten die Protagonisten, nur die Kritik am Kapitalismus reiche nicht, um Politik zu betreiben. Wie wahr, aber eine Kritik, die den Kapitalismus nicht überwinden will, beschränkt sich auf die allgemeine, die bürgerliche Politik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten sich die großen Parteien, die CDU/CSU und 1959 auch die SPD, zu klassenübergreifenden Sammlungs- oder Volksparteien heraus. Die »Arbeiterpolitik« beschrieb sie in den sechziger Jahren als Interessentenparteien im Gegensatz zu Weltanschauungsparteien. Die anderen Parlamentsparteien bedienen sich ebenfalls Volkes Stimme und vermeiden den Geruch Klasseninteressen zu vertreten. Die FDP, die sich vor einigen Jahren als die Partei der Besserverdienenden bezeichnete,

wurde dafür öffentlich gebrandmarkt. Sie zog ihr soziales Markenzeichen schleunigst aus dem Verkehr.

Ähnlich erging es der ehemaligen Vorsitzenden der Linkspartei, Gesine Löttsch, die über den Kommunismus als ein gesellschaftliches Ziel diskutieren wollte. Das galt als Tabubruch, sie begegnete dem öffentlichen Druck und dem aus ihrer Partei, indem sie ihre Aussage relativierte.

Heft Nr. 1 · 4. Januar 2014 · Jahrgang 55

Zur Regierungsbildung:	
Burgfrieden in unruhigen Zeiten.	1
Klassenwidersprüche melden sich dennoch zu Wort. . .	2
Große Koalition: Angriff auf das Streikrecht.	2
Steinmeier erklärt die SPD vor der BDA.	4
Syrien: Widersprüche in der arabischen Welt entfalten sich weiter	4
Artikel der »Arbeiterstimme«: Der Angriff auf Syrien . . .	5
Griechenland: Gesellschaftlicher Verfall stellt die Linke vor komplexe Aufgaben	9
Griechenland: Der rechte Sumpf.	13
Zur Flüchtlingspolitik	16
Hamburg: Schülerdemonstration wegen der Flüchtlinge aus Lampedusa	19
Italien/Genua: »Wilder« Busfahrerstreik	22
Buchbesprechung: Zum Verhältnis von Finanz- und so genannter Realökonomie.	22
Nachruf auf Norbert Ließ, Salzgitter.	23

An unsere Abonnenten

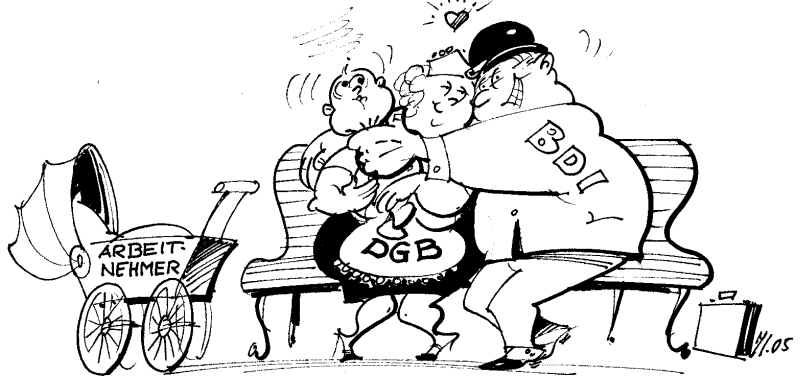
Wir möchten uns ausdrücklich bei den Abonnenten der »Informationsbriefe« und den Spendern für ihre praktische Solidarität bedanken. Durch höhere Herstellungs- und Portokosten wird es immer notwendiger, einen soliden Sockel von Abonnenten zu halten. Als kleines Dankeschön legen wir den **Abonnenten und Spendern** einen 60-seitigen Reisebericht »**Griechenland im September 2013**« bei, den wir damit auch allen weiteren Lesern der Arbeiterpolitik empfehlen. Er bringt eine Fülle von einzelnen Fakten und Informationen, die helfen, die aktuellen Lebensbedingungen in Griechenland zu verstehen und einem breiteren Publikum zu vermitteln. Die Red. ■

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410077205 · BLZ 200 100 20
 IBAN: DE 28200100200410077205 · BIC: PBNKDEFF
 Zuschriften nur an: »GFSA e.V.· Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: www.arbeiterpolitik.de

gegebenes Versprechen. Auch die SPD und die Einzelgewerkschaften des DGB holten sie für diese Initiative wieder still ins Boot. »Ohne die Friedenspflicht eines laufenden Tarifvertrags wird die Tarifautonomie auf Dauer nicht existieren können«, drohte Hundt. Die Vorstände von IG Metall und IG BCE verstanden. Der Gewerkschaftschef der IG BCE, Vassiliadis, empfahl ein konsensorientiertes Vorgehen: »Notwendig und wünschenswert wäre eine gemeinsam getragene Gesetzesinitiative, die künftig die Tarifeinheit wiederherstellt – ohne Eingriffe in das Grundgesetz und ohne das verfassungsrechtlich garantierte Streikrecht anzutasten.« (FAZ 20.09.13) Im Vertrag zur großen Koalition findet sich jetzt im Kapitel »Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit« auf Seite 70 der Passus:

»**Tarifeinheit gesetzlich regeln.** Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen



UMARMUNG

der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.«

Eine erste Bewertung des Koalitionsvertrages seitens der Gewerkschaft ver.di kommt nun zu dem Ergebnis: »Die Schaffung der Tarifeinheit ist ein richtiges Ziel. Dabei darf es aber nach Auffassung von ver.di nicht zu einer Einschränkung des Streikrechts kommen.« 27.11.13 ■

Die Politik aller Parteien, für »alle da sein zu wollen«, setzt voraus, dass innerhalb der Arbeiterklasse keine Klassenpolitik entwickelt wurde und mithin auch kein Klassenbewusstsein entsteht. Ohne ein Klassenbewusstsein, das sie von der bürgerlichen Welt trennt, bleiben die Arbeiter in den bürgerlichen Denkkategorien befangen. So wird die Profitwirtschaft als »Volkswirtschaft«, die Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion als »freie Marktwirtschaft« wahrgenommen, die Überproduktion und Überakkumulation als menschliches Fehlverhalten bzw. Fehleinschätzung eingeschätzt.

Doch die Gesetze der Profitwirtschaft untergraben diese gesellschaftlichen Verhältnisse und offenbaren dem, der sehen will, die Klassenwidersprüche.

Ludwig Erhards Anspruch: »Wohlstand für alle« bot seit der Wirtschaftskrise 1973/74 für einen Teil der Arbeiterklasse, die Arbeitslosen, keine Perspektive mehr.

Mit Schröders »Agendapolitik« wurde die arbeitende Klasse weiter auseinanderdividiert. Seine Politik verlangte von der arbeitenden Klasse Sozialabbau mittels der Maxime »Fördern und Fordern«, und zeigte sich großzügig gegenüber der Kapitaleseite. Mit der Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Beseitigung der gesetzlichen Beschränkungen der Leih- und Zeitarbeit) sollten die Lohnkosten durch Schaffung eines Niedriglohnssektors gedrückt werden. Damit verband die Regierung Schröder die Hoffnung, die Unternehmer würden die Gelder investieren, um Arbeitsplätze zu schaffen. Pustekuchen, sie landeten überwiegend im Finanzsektor, weil sich in der industriellen Produktion schon die Absatzschranken zeigten (siehe Kasten Steinmeier).

Die schwarz-rote Koalition, wie zuvor die schwarz-gelbe, setzt nun – gewollt oder durch die Umstände gezwungen – diese Politik fort, um die Profitwirtschaft funktionsfähig zu erhalten und die Unternehmen sowie den Standort Deutschland im Konkurrenzkampf zu stärken.

Auf der Seite der Arbeiterklasse führt diese Politik sozial zur weiteren Spaltung: Stammebelegschaften, Leiharbeiter, Niedriglöhner und Arbeitslose sind von den wirtschaftlichen und sozialen Belastungen unterschiedlich betroffen und reagieren politisch entsprechend. So gehen z.B. die, die keine Besserung ihrer sozialen Lage erwarten, nicht mehr zur Wahl. Der Soziologe Heinz Bude erklärt: »Im unteren Bereich der Gesellschaft gebe es ein Dienstleistungsproletariat der Vollzeitarbeitenden, die aber kaum genug zum Leben verdienen. Diese Gruppe erwartet nichts von der

Politik, verabschiedet sich desillusioniert. Und geht nicht wählen« (FAZ 9. 9.13).

Dagegen waren die qualifizierten Beschäftigten, die sich selbst zu den Mittelschichten zählen und ihre Lebensplanung nicht beeinträchtigt sehen wollen, gegen irgendwelche »Experimente«. Sie fürchteten, dass Steuererhöhungen und Vermögensabgaben bei den Reichen irgendwann und irgendwie auch sie berühren würden. Sie wählten vermehrt CDU/CSU und wünschten sich mehrheitlich eine große Koalition.

Die Parlamentsparteien wollen weiter machen wie bisher. Doch für eine Politik des Ausgleichs zwischen den ökonomischen Forderungen des Kapitals und gleichzeitig den sozialen Forderungen der abhängig Beschäftigten, der sozialen Balance, fehlen zunehmend die finanziellen Mittel. Konnten in der wirtschaftlichen Aufschwungphase noch alle sozialen Schichten im Großen und Ganzen befriedet werden, so gelang dies seit einiger Zeit nur noch recht und schlecht durch den Ausweg wachsender Staatsverschuldung. Heute gelingt der Ausgleich der Interessen nur zu Lasten Dritter, zu Lasten der Rentenversicherung. Die »Mütterrente« soll nämlich aus den Reserven der Rentenversicherung gezahlt werden, der Beitragssatz zur Rente soll deshalb entgegen der geltenden gesetzlichen Vorschrift nicht abgesenkt werden. Im Sinne der bisherigen Rentensystematik müsste die Mütterrente als versicherungsfremde, aber gesellschaftlich gewünschte Leistung aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden. Doch höhere Beiträge aus dem Bundeshaushalt, höhere Steuern sind ja tabu.

Die »Lebensleistungsrente« wird vollends in die nächste Legislaturperiode verlegt. Die geharnischte Kritik der Unternehmerverbände an den Kosten der Mütterrente (130 Mrd. EUR bis 2030), andererseits die scharfe Kritik der Sozialverbände daran, dass diese Rente entgegen aller Rentensystematik nicht aus Steuermitteln finanziert wird, zeigen deutlich die Grenzen gesellschaftlicher Akzeptanz.

Wie schon zu Zeiten der schwarz-gelben Koalition stehen auch die Vorhaben der großen Koalition unter dem Vorbehalt der Finanzierung, bedürfen der Zustimmung des künftigen Finanzministers. »In Union und SPD herrschen gegensätzliche Auffassungen darüber, wie mit den Vorhaben der Koalition im Falle eines Einbruchs der Wirtschaftsleistung verfahren werden soll. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles deutete in der »Welt am Sonntag« an, in diesem Fall könnten Steuererhöhungen erfolgen. Der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Volker Kauder, sagte hingegen in der

Zeitschrift »Der Spiegel«, dann müsste die Verwirklichung von Vorhaben überprüft werden« (FAZ 01.12.13).

Sollte »die Wirtschaftsleistung einbrechen«, d.h. die Krise auch wieder Deutschland erfassen, dann wird auch diese Regierung den Schein des sozialen Ausgleichs, den sie jetzt zu erwecken versucht, wieder aufgeben. W., HH ■

»Haben wir nicht Anspruch auf Dankbarkeit des Kapitals?«

Steinmeier erklärt vor den Unternehmern die Rolle der SPD

Unter dieses unausgesprochene Motto stellte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier seinen Auftritt auf der **Jahrestagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** am 19. November 2013 in Berlin. Das Video mit der Rede ist im Internet auf den »Nachdenkseiten« zu finden. (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=19482>).

»... wir sind auch Dank einer mutigen Reformpolitik, die in diesem Lande stattgefunden hat, ganz gut aufgestellt – auch im Wettbewerb mit den anderen. Wir haben jetzt fünf Wachstumsjahre in Folge. Wir haben Rekordniveaus bei Beschäftigung, bei Exporten und bei Staatseinnahmen. Das ist alles wahr. Und ich weiß, daß die meisten hier im Saal trotz der anstrengenden, gefährlichen, risikobehafteten Umsteuerungsarbeit, die wir damals zu machen hatten, ihre Zuneigung zur Sozialdemokratie immer noch unterkühlt handhaben. Und ich sage deshalb, gerade weil Ilse Aigner so stolz darauf ist, dass die CDU/CSU keine Steuererhöhungen haben will, sondern die Steuersätze beibehalten will, ihre Erwartungen waren ursprünglich mal etwas anders. Sie (die Arbeitgeber, d. Verf.) haben ja sogar auf Steuersenkungen gewartet. Deshalb sage ich jetzt ohne Larmoyanz, und die Entscheidungen liegen ja zehn Jahre hinter uns, wenn Sie sich in gerechter Weise zurück erinnern, dann hat es aber die entscheidenden Steuersenkungen und zwar in einem Volumen von mehr als 60 Milliarden Euro unter einer sozialdemokratischen Regierung gegeben:

- Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes,

- mit der Senkung des Eingangssteuersatzes,
- mit der Senkung der Unternehmenssteuern.

Sie haben bis dahin Ihre Kapitalzinsen nach dem Einkommensteuergesetz bezahlt, und seit der Zeit nur noch für die Hälfte ungefähr versteuert nach dem Abgeltungssteuergesetz. Das war damals immerhin sozialdemokratische Steuerpolitik und ich finde bis heute ist das nicht so ganz schlecht. (Beifall)

Ich habe mir das selbst noch einmal in Erinnerung gerufen, weil (...) ich den Eindruck hatte, Sie fühlen sich alle bei dem Unionsteil einer möglichen Großen Koalition besser aufgehoben als beim sozialdemokratischen Teil einer Großen Koalition. Deswegen erinnere ich natürlich nicht nur an die Steuerpolitik, für die wir Verantwortung getragen haben, sondern ich sage mal dabei, dass auch die Reform der Arbeitsverwaltung, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Aufhebung der Spaltung am Arbeitsmarkt, die Halbierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – auch das waren Entscheidungen, die wir damals getroffen und durchgesetzt haben, mit denen wir miteinander – nicht Sie alleine – unter ökonomischen Gesichtspunkten ganz gut leben – miteinander. Und deshalb sage ich Ihnen auch entgegen manchem Verdacht, von dem ich auch in Zeitungen dieser Tage lese: Nachdem wir das alles durchgerungen haben, uns haben beschimpfen lassen, auch Wahlen verloren haben dafür, müssen Sie sich jetzt nicht vorstellen, dass wir das, was ökonomischen Erfolg in dieser Republik begründet hat, nachträglich auf irrsinnige Weise in Frage stellen, sondern wir wissen, was das für Mühe gekostet hat, dieses Land aus mancher Unbeweglichkeit zu befreien. Und deshalb kann ich mir auch nicht vorstellen, dass die Rückabwicklung sinnvoll und gut wäre.

Ich will Ihnen nur sagen, wenn man an der einen oder anderen Stelle trotzdem ... versucht etwas zu korrigieren, was im Blick auf die letzten zehn Jahre trotz Reform aus dem Ruder gelaufen ist, etwa bei der Leiharbeit oder bei der Entwicklung der Aufstockerei für den Niedrigstlöhner, ... dann sollte das auch in Ihrem Interesse, im Interesse von Arbeitgebern, liegen, weil eigentlich doch keiner ein Interesse daran haben kann – wie ich unterstelle mal, Sie auch nicht – dass Zustimmung und Akzeptanz zur Marktwirtschaft aufgrund solcher Fehlentwicklungen, die wir einfach laufen lassen, dass Akzeptanz der Marktwirtschaft auf diese Weise erodiert. ■

■ SYRIEN

Widersprüche in der arabischen Welt entfalten sich weiter

Was noch vor wenigen Jahren in den westlichen Medien als Beginn eines »arabischen Frühlings« wahrgenommen wurde, ging bald darauf in Libyen in Krieg und Bürgerkrieg über, mündete in Ägypten in eine Militärdiktatur und in Syrien in einen von außen befeuerten Bürgerkrieg. Wir erblicken Momentaufnahmen eines längeren geschichtlichen Prozesses, in dem in mehreren arabischen Ländern die alte politische Ordnung zusammenbricht, weil die inneren Widersprüche sich nicht weiter kaschieren oder unterdrücken lassen.

Wir danken unseren Freunden von der »Arbeiterstimme« für die Erlaubnis, den Artikel »Der Angriff auf Syrien« aus Nr. 181, Herbst 2013, in diesem Heft der Arbeiterpolitik nachzudrucken. In der Diskussion innerhalb unserer Gruppe sind wir jedoch, was die Schlussfolgerungen angeht, zu anderen Ergebnissen gekommen, als sie der Verfasser des

Arsti-Artikels unter der Zwischenüberschrift »Chancen für eine Beendigung des Konflikts: Gibt es die?« formuliert. Deshalb stellen wir in diesem Vorspann unsere Sicht der Dinge in gebotener Kürze voran. die Red.

Das gemeinsame, verbindende Element des »arabischen Frühlings« ist der massenhafte Protest von überwiegend jungen Menschen gegen ihre soziale Lage, gegen Arbeitslosigkeit und fehlende Perspektive für ein menschenwürdiges Leben. Eine kleine herrschende Klasse monopolisiert dort die maßgeblichen Wirtschaftszweige und verhindert den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg breiter Schichten der kleinen und mittleren Bourgeoisie und damit die weitere kapitalistische Entwicklung des Landes. Der Protest bemüht sich, diese Verkrustungen zu sprengen. In vie-

len dieser Länder des afrikanischen Nordens waren die Rohstoffe, allen voran Erdöl und Erdgas, die ökonomische Basis für mehr oder weniger verhüllte Diktaturen – den Pseudosozialismus der Baath-Parteien in Irak und Syrien, die panarabischen Ideologie des nasseristischen Ägyptens und Libyens. Daneben stand und steht die staatliche Repression durch Polizei, Geheimdienste und Militär.

Es sind nur noch wenige arabische Länder, die ihr altes Geschäftsmodell einigermaßen erfolgreich betreiben können: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar. Deren herrschende Klassen alimentieren große Teile ihrer Bevölkerung aus den Erlösen der Erdöl- und Erdgasförderung und setzen für die gesellschaftliche Produktion in großem Umfang Arbeits-Migranten aus anderen Ländern ein, die häufig rechtlos, in einer Art Halbsklaverei gehalten werden und jederzeit ausgewiesen werden können.

Ländern wie Ägypten und Syrien, die nicht über einen solchen Rohstoffreichtum im Verhältnis zu ihren Bevölkerungszahlen verfügen, ist dieser Ausweg versperrt. In der neueren Zeit verschärfen internationale Handelsabkommen die Lage für deren Unternehmer: Produkte aus China und – im Falle Syriens – der Türkei bewirken auf den heimischen Märkten ein Massensterben vor allem kleinerer, handwerklicher Betriebe, die der industriellen Konkurrenz nicht gewachsen sind. Auf der anderen Seite ist nicht erkennbar, wie und woher ein wirtschaftlicher Aufschwung in Ägypten und Syrien seinen Ausgang nehmen könnte.

Zu diesen inneren Konflikten treten die äußeren, zwischen den Staaten, hinzu. Im Falle Syriens sind es die Ge-

gensätze zu Iran, die Saudi-Arabien und Katar dazu bewegen, den staatlichen Zerfall Syriens zu fördern, um es als Verbündeten Irans zu schwächen oder ganz auszuschalten. Die türkische Regierung wiederum greift in Syrien direkt und indirekt ein, weil sie eine weiterer kurdische Teilrepublik an ihren Grenzen – neben der in Irak – verhindern möchte.

Trotz der innenpolitischen Lage im Sinai, wo die beduinische Bevölkerung sich selbst zu großen Teilen nicht als Ägypter definiert, ist die Staatlichkeit Ägyptens nicht ernsthaft bedroht. Anders verhält es sich mit Syrien, das eine andere, viel jüngere, staatliche Tradition hat. Der ideologische Kitt, den die Baath-Partei lange Zeit geliefert hatte, ist zerbröselte. Die herrschenden Klassen Syriens, die sich um Assad scharen, versuchen den Zerfall des Landes zu verhindern. Einen Vorteil böte eine Zersplitterung nur den regionalen Warlords, nicht aber den syrischen Arbeitern und Bauern. Welche Kräfte sich letztlich im aktuellen Konflikt durchsetzen werden, können wir gegenwärtig nicht wissen. Der Militärputsch in Ägypten hat gezeigt, dass dessen herrschende Klassen nicht bereit sind, die politische Macht mit der aufstrebenden Klein- und Mittelbourgeoisie zu teilen, d.h. eine kapitalistische Modernisierung zu akzeptieren und die produktiven Kräfte des Landes weiter zu entwickeln. Damit schwelt auch dieser Klassenkonflikt weiter, der auch für das ägyptische Proletariat und die Bauern Bedeutung hat und dessen weitere gewaltsame Unterdrückung die Gesellschaft in Stagnation gefangen hält. Solange, bis sich der Druck erneut in Massenprotesten Luft verschafft.

15.10.2013 ■

Der Angriff auf Syrien . . .

...ist vorübergehend gestoppt. Aber der Bürgerkrieg geht unvermindert weiter.



Auch wenn in den Medien viel über einen angeblichen Versprecher von US-Außenminister Kerry spekuliert wurde, spricht mehr für einen »Plan B«, der bereits auf dem G-20-Gipfeltreffen von St Petersburg und dem gleichzeitigen Außenministertreffen Gegenstand der Erörterungen gewesen sein soll. Kerrys Äußerung, die beinhaltete, Assad müsse innerhalb einer Woche seine Chemiewaffen heraustrücken, wenn er den Angriff auf Syrien verhindern wolle, kam just zu dem Zeitpunkt, als sich immer deutlicher abzeichnete, Obama würde für einen Angriff nicht das erwünschte Placet im Kongress erhalten.

Schon vorher war der britischen Regierung die Beteiligung vom Parlament untersagt worden. Da die US-amerikanischen Geheimdienste dafür bekannt sind, Kriegsanklässe nach Bedarf zu konstruieren, nützte in diesem aktuellen Fall die Behauptung, man habe sichere Beweise dafür, dass die Assad-Regierung für einen Giftgaseinsatz am 21. August in der Nähe von Damaskus mit 1429(?) Toten verant-

wortlich sei, nicht viel. Die angeblich sicheren Beweise waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sollten aber geglaubt werden. Und da die UN-Inspektoren bei ihren Untersuchungen vor Ort nur feststellen konnten, ob und wenn ja, welches Giftgas zum Einsatz gekommen ist, war es für die US-Regierung nicht zwingend, abzuwarten, bis die Ergebnisse ausgewertet waren.

Für den Friedensnobelpreisträger Obama gestaltete sich die Situation von Tag zu Tag komplizierter. Zum einen hatte er sich mit seiner roten Linie, die er im Fall eines Chemiewaffeneinsatzes in Syrien für überschritten erklärt hatte, in Zugzwang gesetzt. Andererseits wusste er, dass jeder Angriff auf Syrien als Reaktion auf das Überschreiten der roten Linie vom UN-Sicherheitsrat abgesegnet werden muss. Ein zustimmendes Votum war in diesem Gremium nicht zu haben, weil Russland und die VR China aus mehreren nachvollziehbaren Gründen ihre Zustimmung (bzw. Enthaltung) verweigern würden. Also hätte nur ein völker-

rechtswidriger Angriff durch US-Streitkräfte zur Debatte standen. Aus diesem Dilemma wurde Obama – zumindest vorerst – durch einen diplomatischen Schachzug der russischen Regierung befreit. Präsident Putin und sein Außenminister Lawrow hatten die Äußerung Kerrys unmittelbar aufgegriffen, sich in Damaskus rückversichert und ein uneingeschränktes Ja zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen verkündet. Inzwischen hat die syrische Regierung bei der UNO den Beitritt zur internationalen Chemiewaffenkonvention beantragt. So weit, so gut. Stefan Ulrich kommentiert in der »Süddeutschen Zeitung« vom 11. September: *»Immerhin ist die Tür zu einer Lösung nun einen Spalt aufgegangen. Amerikaner und Russen sondieren eine Verständigung in der Chemiewaffenfrage. Einigen sie sich, so könnten sie das Momentum nutzen, um den gesamten Fall Syrien neu mit dem Sicherheitsrat auszudiskutieren. Womöglich setzt sich ja die ganz pragmatische Erkenntnis durch, dass ein in Stücke zerrissenes, von Warlords umkämpftes Syrien niemandem nutzt.«* Könnte man meinen, doch spricht einiges dagegen. Zumind. gehen die Kämpfe in Syrien mit unverminderter Härte weiter. Um diese Härte zu verstehen und Erfolgsaussichten einer Verhandlungslösung einschätzen zu können, ist ein Blick auf die Entstehung des Konflikts, auf verschiedene Aspekte seines gesellschaftlichen Hintergrundes und auf die beteiligten Akteure erforderlich.

Über Massendemonstrationen zum Bürgerkrieg

In der Ausgabe 176 der »Arbeiterstimme« wurde der sog. Arabische Frühling einer ersten Einschätzung unterzogen. U.a. wurde auch auf die Entwicklung in Syrien bis Anfang Juni 2012 eingegangen. Schon damals zeichnete sich eine weitere Zuspitzung der innersyrischen Auseinandersetzungen ab. Das Scheitern des Sondergesandten Annan und die Geldzuweisungen des Golf-Kooperationsrats an die aufständischen Gruppen sollten sich als Wegweiser für die zu erwartende Ausweitung und Verschärfung des Konfliktes erweisen: Weg von massenhaften Protestaktionen und der Einbeziehung der Diplomatie, hin zur Militarisierung der Auseinandersetzungen. Schon damals waren die Fronten durch die Positionierung von NATO und EU-Staaten gegen Assad, dessen Rücktritt zur Voraussetzung für eine friedliche Lösung erklärt wurde, verfestigt worden. Damit stärkte man den Teilen der Aufständischen den Rücken, die von Haus aus einer Verhandlungslösung abgeneigt sind. Vor einem Jahr war von 3000 Toten die Rede. Heute wird allgemein von über 100.000 ausgegangen. Der Bürgerkrieg hat weite Teile des Landes erreicht. Millionen Menschen haben ihre Wohngebiete verlassen. Schon jede/r vierte Bewohner/in soll auf der Flucht sein. Einigermaßen zuverlässige Angaben über das bestehende Kräfteverhältnis zwischen den Konfliktparteien sind kaum zu erhalten. Zu unübersichtlich ist die Lage im Land. Die regierungstreuen Staatsorgane haben sich aus der Fläche zurückgezogen. Aufständische sind nachgerückt. Teilweise sind sie bis in die Städte vorgestoßen und haben sich in verschiedenen Stadtteilen festgesetzt, wobei sich die Fronten im Häuserkampf verlieren. Über die Stärke der Rebellengruppen gibt es nur vage Schätzungen. Die sich als »Freie Syrische Armee (FSA)« bezeichnenden Aufständischen sollen aus etwa 80.000 Kämpfern bestehen, deren Kern desertierte Soldaten und Offiziere der Regierungstruppen bilden. Da es in Syrien eine Wehrpflicht gibt, ist es verständlich, wenn sich Wehrpflichtige in großer Zahl weigern, gegen die eigenen Bevölkerung zu kämpfen. Im Umfeld der FSA kommt es zunehmend zu Spannungen zwischen den radikal fundamentalistischen Gruppen »al-Nusra« und der »Islamic State of Iraq and Syria (ISIS)«. Die sich vorwiegend aus dem Irak

rekrutierende ISIS strebt ein länderübergreifendes Kalifat an. Die Differenzen werden auch bewaffnet ausgetragen. Jürgen Todenhöfer rechnet »al Nusra«, dem syrischen Ableger von »al Kaida«, 15.000 Kämpfer zu. Ein Drittel davon seien »ausländische Dschihadisten«. Al Nusra sei inzwischen *»die führende Kraft unter den Rebellen und weltweit die größte Al Kaida-Konzentration«* (Tagesspiegel, 1.7.13) In der IMI-Studie 5-2013 erwähnt Jürgen Wagner einen Zusammenhang zwischen der Stärke von Al-Kaida-nahen Kräften und einer zunehmenden Unterstützung der Regierungsseite durch die Bevölkerung: *»Glaubt man (...) Berichten über eine im Auftrag der NATO von internationalen Hilfsorganisationen durchgeführte Umfrage, ist die Unterstützung der Assad-Regierung in der Bevölkerung in jüngster Zeit (...) erheblich gestiegen. Der Grund dafür liege vor allem in der weit verbreiteten Sorge, Al-Kaida-nahe Kräfte könnten sich am Ende durchsetzen, was große Teile der Bevölkerung extrem besorge. Die von der NATO nicht veröffentlichten Daten würden zeigen, dass 70 Prozent der Bevölkerung hinter Assad stünden, weitere 20 Prozent verhielten sich neutral und lediglich zehn Prozent unterstützten die Aufständischen.«* Zu den weiteren Akteuren im syrischen Konflikt sind die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) in den Grenzgebieten zur Türkei zu nennen. Für sie ist der Rückzug der syrischen Regierungstruppen eine Gelegenheit, ein autonomes Gebiet zu realisieren und dieses gegen alle zu verteidigen, die einen Autonomieanspruch der Kurden ablehnen. Deshalb herrscht zwischen den YPG und den Dschihadisten von Al Nusra und ISIS ein sehr gespanntes Verhältnis, weil sich die Kurden den politischen Vorstellungen der religiösen Spinner nicht unterordnen wollen und in einem autonomen Status innerhalb eines säkularen syrischen Staates ihre Perspektive sehen. Über die türkische Grenze werden gezielt Dschihadisten in die kurdischen Gebiete eingeschleust um die Verteidigungsstrukturen der Kurden anzugreifen. Auch verdeckt agierende Milizen aus der Türkei sollen die kurdischen Dörfer belästigen. Die türkische Regierung hat sich frühzeitig zugunsten der Aufständischen positioniert und leistet ihnen in erheblichem Maße logistische Hilfe. Meldungen über westliche Spezialeinheiten in Syrien wurden zwar regelmäßig dementiert. *»Mittlerweile ist auch nachgewiesen, dass westliche Spezialeinheiten innerhalb Syriens operieren, um die »Freie Syrische Armee« aufzurüsten und Sabotageakte durchzuführen.«* (J. Wagner, IMI-Studie 5-2013)

In Jordanien werden syrische Freiwillige seit längerem von westlichen Ausbildern für den Einsatz in Syrien trainiert. Auf Regierungsseite wird der Kampf gegen die Aufständischen vor allem von der Armee geführt. Über die aktuelle personelle Stärke des Militärs ist wegen der Desertionen wenig bekannt. Der Luftwaffe können die Aufständischen bisher kaum etwas entgegensetzen. Neben dem Militär stützt sich die Assad-Regierung auf Sondertruppen, die Polizei und diverse Geheimdienste. Gefürchtet sind bei den Rebellen die sog. Schabiha-Milizen, irreguläre Gruppen, die von Cousins des Präsidenten geführt werden. Seit einigen Monaten beteiligen sich auch Kämpfer der libanesischen Hisbollah auf Regierungsseite. Ihre Zahl wird von der »Süddeutschen Zeitung« auf 2000 geschätzt. Das Eingreifen der Hisbollah-Verbände soll mit dazu beigetragen haben, den Vormarsch der Aufständischen zu stoppen und in zentralen Gebieten zum Rückzug zu zwingen.

Der Krieg in und gegen Syrien als Warnung an den Iran

Nicht von der Hand zu weisen ist die Vermutung von Werner Ruf, die US-Administration würde im Zusammenhang mit Syrien eine Strategie verfolgen, die schon einmal

in Afghanistan gegen die Sowjetunion erfolgreich eingesetzt worden war, »Ein Bündnis mit dem Teufel«. Das empfehle auch der nicht unbedeutende »Think tank Council on Foreign Relations«: *»Die syrischen Rebellen wären heute ohne al-Qaida in ihren Reihen unermesslich schwächer. Die Einheiten der Freien Syrischen Armee sind weitgehend erschöpft, zerstritten, chaotisch und ineffektiv (...) al-Qaida Kämpfer können jedoch helfen, die Moral zu steigern. Der Zustrom von Dschihadisten bringt Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Finanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten und am wichtigsten, tödliche Resultate, mit sich. Kurz gesagt, die FSA braucht al-Qaida – jetzt.«*

Dass sich die USA keinen neuen Kriegsschauplatz mit Bodentruppen leisten wollen bzw. können, ist bei den meisten Beobachtern Konsens. Der Staatshaushalt der USA hat nicht zuletzt durch die große Wirtschafts- und Finanzkrise und die diversen Kriege längst die Grenze der Belastbarkeit überschritten. Was bisher die USA selbst bzw. in Arbeitsteilung mit anderen imperialistischen Ländern im Nahen Osten erledigten, wird nunmehr Saudi-Arabien, Qatar und den Staaten des Golf-Kooperationsrats überlassen. Diesen reaktionären sunnitischen Staaten ist der schiitische Gürtel von Teheran, Bagdad, Damaskus bis zur libanesischen Hisbollah schon lange ein Dorn im Auge. Mit der Schwächung der Assad-Regierung hofft man, dem Iran, dem eigentlichen Gegner des fundamentalistisch-sunnitischen Lagers, einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Womit können die Feudalstaaten der arabischen Halbinsel punkten? Sie haben sich bisher als verlässliche Lieferanten von Öl und Gas erwiesen, treten uneingeschränkt für marktwirtschaftliche Prinzipien ein und verfügen über schier endlose Geldreserven. Damit können sie ziemlich unbegrenzt in den noch zu destabilisierenden Ländern die bestehenden Konflikte anheizen. Auf die sozialen und ökonomischen Herausforderungen in diesen Ländern haben sie noch weniger als die Moslembrüder Antworten. Schon jetzt weist das sunnitische Bündnis innere Widersprüche auf, die eine nicht unerhebliche Sprengkraft beinhalten. Den wahabistischen Saudis sind nämlich die Muslimbrüder mit ihrer Betonung des Sozialen nicht geheuer. Deshalb unterstützen sie vorwiegend salafistische Bestrebungen in der islamischen Welt. Die Muslimbrüder können sich eher auf Qatar verlassen.

So sind schon jetzt die Konfliktlinien in sunnitisch dominierten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas spürbar. Für den Historiker Götz Aly heißt das: *»Wer solche politischen Kräfte mit Worten oder Taten unterstützt, hat den Verstand verloren.«* (BZ, 27.8.13) Das alles hält Obamas Administration nicht davon ab, die Strategie einer Verschärfung des syrischen Konfliktes vehement weiter zu verfolgen. Nun ist die Destabilisierung der syrischen Regierung keine Erfindung Obamas. Schon 1957 hatten der US-Präsident Eisenhower und der britische Regierungschef Macmillan einen Plan abgesegnet, der unter Mithilfe der Muslimbruderschaft u.a. die Ermordung des syrischen Präsidenten Schukri Al-Quatli zum Ziel hatte. Und laut US-General Wesley Clark hatte er bereits wenige Tag nach dem Anschlag auf das Welthandelszentrum in New York von Plänen erfahren, folgende fünf Staaten anzugreifen: Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran. Es ging dabei um *»die Kontrolle der Öl- und Gasressourcen der Region«* für die USA. Wenn man sich die Liste heute anschaut, war die US-Administration in den folgenden Jahren nicht untätig.

Auf einen besonders »perfiden Plan« verweist J. Wagner. Er hält eine gezielte US-Strategie für denkbar, die auf einen fortdauernden Bürgerkrieg in Syrien setzt, der als »Abnut-

zungskrieg zu einem idealen Instrument zur Schwächung der anti-amerikanischen sog. Schiitischen Achse (Hisbollah, Syrien, zunehmend auch Irak und vor allem aber der Iran)« dienen könnte. Da inzwischen die Hisbollah auf syrischer Regierungsseite mitkämpft und auf Rebellenseite Dschihadisten und Al-Kaida beteiligt sind, würden durch einen weiterhin andauernden Abnutzungskrieg gleich auch diese beiden, den USA feindlich gesinnten Akteure geschwächt. Vor diesem Hintergrund ergäbe ein kurzer, gezielter Militärschlag, angesichts der zugunsten der syrischen Regierungstruppen verbesserten Lage einen »Sinn«.

Die Widersprüche in der syrischen Gesellschaft als Auslöser des Konflikts

Der schnelle Übergang der syrischen Oppositionsbewegung von friedlichen Protesten zu bewaffneten Formen ist u.a. nur erklärbar, wenn die soziale Lage eines Großteils der Bevölkerung, vor allem die von Jugendlichen zur Kenntnis genommen wird. Schon in den 90er Jahren – die Unterstützung durch das sozialistische Lager war in Folge der Ereignisse in der Sowjetunion weggebrochen – hatte die Regierung unter Hafez al-Assad eine Abkehr von planwirtschaftlichen Strukturen eingeleitet. Als sein Sohn Baschar im Jahr 2000 die Präsidentschaft übertragen bekam, setzte dieser die Politik der ökonomischen Liberalisierung in raschem Tempo fort, unterstützt von Beratern internationaler Organisationen. Ein EU-Assoziierungsabkommen beschleunigte die Hinwendung zu neoliberalen Konzepten. Präsident Baschar al-Assad wurde in westlichen Wirtschaftskreisen als Reform- und Hoffnungsträger hofiert. Die mit den Wirtschaftsreformen einhergehende Marktöffnung für transnationale Konzerne und der Abbau der Schutzzölle für einheimische Produkte brachte für viele kleine und mittlere Betriebe das Aus. Die Beschäftigten vergrößerten das Heer der Arbeitslosen. Ein Vorgang, wie er in dieser Form in vielen peripheren Staaten stattfand und immer noch stattfindet. Die Liberalisierung des syrischen Marktes hatte für die Masse der Lohnabhängigen äußerst negative Auswirkungen und verschlechterte insgesamt die Lage der Mittel- und Kleinbourgeoisie; sie kannte aber auch Gewinner, vor allem Personen aus dem verwandtschaftlichen Umfeld der Assads wie etwa die Cousins des Präsidenten aus der Familie Machluf: *»Machluf kontrolliert den syrischen Mobilfunkanbieter SyriaTel.... Analysten zufolge kann ohne sein Einverständnis kein ausländisches Unternehmen Geschäfte in Syrien machen. Das Privatvermögen von Rami Machluf und dessen Bruder Ihab wurde 2006 auf etwa drei Milliarden US-Dollar geschätzt, die Familie Machluf gilt als reichste Familie Syriens. Außer SyriaTel ist Rami im Rahmen der Familiengeschäfte auch an Immobilien- und Bankgeschäften, Freihandelszonen entlang der Grenze zum Libanon, Duty-free-Shops und Luxuskaufhäusern beteiligt; Außerdem ist er Eigentümer der syrischen Tageszeitung al-Watan.«* (Wikipedia) Der Wirtschaftswissenschaftler Nabi al-Salman beschrieb die Situation: *»Die neue vermögende Klasse Syriens raffte mit illegalen Mitteln Milliarden von Dollar zusammen, die syrische Regierung ist aber nicht willens, dies zu verändern. Es gibt nachweislich riesige Unterschiede in den Einkommen und Vermögen zwischen der Generation der extrem vermögenden Neureichen, die sich aus hohen Regierungsbeamten und traditionellen Geschäftsleuten zusammensetzt, einerseits und der unteren Klasse andererseits. Die herrschende Baath-Partei hat dieser nichts mehr anzubieten.«* Und das sollte sich für sie, die die Brisanz unterschätzte, als fatal erweisen. Wenn die Masse der Bevölkerung immer mehr marginalisiert wird, wendet sie sich von den bestehenden Herrschaftsstrukturen ab und sucht nach Alternativen. Diese – wenn auch nur scheinbare

– können in vielen arabischen Ländern seit längerem nur Kräfte aus dem politischen Islam anbieten, die wiederum von Saudi-Arabien, Qatar und anderen reichen Golfstaaten finanziert werden.

Neben dem neuen Wirtschaftskurs trugen drei weitere Faktoren zur Verschärfung der sozialen Lage bei: Ein explosionsartiges Bevölkerungswachstum: Allein zwischen 1998 und 2004 wuchs die Bevölkerung von 15,3 auf 18,6 Millionen Einwohner an. Dazu kamen etwa 1,5 Millionen irakische Flüchtlinge, die der Irakkrieg ins Land schwebmte, und schließlich eine langjährige Dürre, die viele Bauern veranlasste, ihr Land aufzugeben und in die Städte zu ziehen, die wiederum auf die vielen Zuwanderer nicht vorbereitet waren. Schon 2007 soll etwa ein Drittel der Bevölkerung in Armut gelebt haben. Und das war noch vor der Weltwirtschaftskrise. Bei einem ökonomischen Modell, das immer mehr Verlierer produziert und den Gegensatz von Arm und Reich verschärft, bleibt den Regierenden nur die Möglichkeit, die Unzufriedenheit und daraus entstehende Proteste mit den »bewährten« Mitteln der Repression einzudämmen. Wer immer glaubt, die Konflikte in Syrien seien hauptsächlich von außen ins Land hineingetragen worden, greift zu kurz. Primäre Ursache für den aktuellen Konflikt ist die desolote soziale Lage einer immer größeren Zahl von vorwiegend jugendlichen Syrerinnen und Syrern, die für sich und ihre Familien keine Perspektive sehen und sich bisher auch nicht adäquat politisch einbringen konnten.

Deutschland mit und gegen Syrien

Noch kurz vor und zu Beginn des Übergreifens des sog. arabischen Frühlings auf Syrien, gaben sich Wirtschaftsdelegationen aus der EU, und da wiederum vor allem aus Deutschland, in Damaskus die Klinke in die Hand. Im Unterschied zu den Kolonialmächten Frankreich und England hatte Deutschland zudem in der Gegend keine Erblasten. Auch wenn Syrien in den 70er/80er Jahren in den Zeiten des Kalten Krieges den Ost-West-Gegensatz im Eigeninteresse zu nutzen wusste, und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion suchte, ließ man in Bonn und später auch in Berlin die guten Kontakte nie abreißen. Vor allem der Bundesnachrichtendienst leistete dabei brauchbare Dienste, was sich an der Personalie Brunner gut aufzeigen lässt.

Alois Brunner, Spitzname Bluthund, hatte als rechte Hand Eichmanns über 128.000 Menschen in die Konzentrationslager deportieren und noch im Juli 1944 in Paris für einen letzten Transport 250 Mädchen und Jungen zusammenreiben lassen. In Frankreich wurde er in Abwesenheit zweimal zum Tode verurteilt. Durch Mithilfe Gehlens, des späteren Chefs des Bundesnachrichtendienstes, gelang es Brunner, in den Nahen Osten zu entkommen und als Dr. Georg Fischer Jahrzehnte unbehelligt in Damaskus seinen Geschäften nachzugehen. Er war dort nicht der einzige prominente Naziverbrecher. In diesem Netzwerk betätigte er sich als Waffenhändler, verkehrte in syrischen Geheimdienstkreisen und lieferte Informationen an den Bundesnachrichtendienst. So merkte die »Bild am Sonntag« unlängst an, kein westlicher Geheimdienst habe »so gute Quellen in Syrien wie der BND«. Um dann fortzufahren: »Wir können stolz darauf sein, welchen wichtigen Beitrag wir(!) zum Sturz des Assad-Regimes leisten.« Während Brunner in den neunziger Jahren in einem Gästehaus von Hafiz-al-Assad, dem Vater des jetzigen Präsidenten gelebt haben soll, hat der BND seine Akte gezielt vernichtet. Dass in syrischen Gefängnissen gefoltert und von den diversen Sicherheitsorganen oppositionelle Regungen mit brachialer Gewalt unterdrückt wurden, war jahrzehntelang kein Thema, das die Beziehungen zwischen der BRD und Syrien beeinträchtigt hätte. Auch die US-Geheimdienste hatten so viel Vertrauen

in syrische Partnerdienste und in das Gefängnisregime des Landes, dass man Gefangene aus Afghanistan zum Zwecke der Folterung vorbeibrachte.

Man liest und sieht in deutschen Medien derzeit kaum etwas über diese Zusammenhänge. Im Gegensatz dazu mangelt es nicht an Journalisten und Fernsehkommentatoren, die einer bewaffneten Intervention durch westliche Staaten das Wort reden und selbst Politiker aus konservativen Parteien ins Abseits stellen, wenn die wie etwa die Bundeskanzlerin oder der Außenminister zur Vorsicht raten. Dass dabei die Nähe zur Bundestagswahl und eine Bevölkerung, die mehrheitlich ein militärisches Abenteuer ablehnt, eine Rolle spielen dürften, soll nicht unerwähnt bleiben. Natürlich fällt es Vertretern des politischen Christentums in Deutschland nicht unbedingt leicht, Sympathien für syrische »Freiheitskämpfer« zu empfinden, die sich mehrheitlich an Werten des politischen Islams orientieren. So ist auch die Äußerung des stellv. CDU-Bundesvorsitzenden Armin Laschet einzuordnen, der kritisch anmerkte: »Geradezu bizarr ist eine europäische Außenpolitik, die die Rebellen in Syrien als »Freiheitskämpfer« glorifiziert und die gleichen Kämpfer mit den gleichen Zielen... in Mali als Terroristen bekämpft.« (FAZ, 22.3.13)

Nun sind Worte das eine. Wenn es aber darum geht, die Verlässlichkeit der »deutschen Seite« unter Beweis zu stellen, ist auf die Bundesregierung auch bei militärischen Interventionen wie etwa im Fall Libyen, wo man sich nicht an den Angriffen beteiligte, Verlass. Seit Monaten ist die Bundeswehr mit der Stationierung der Patriot-Luftabwehrsysteme an der syrischen Grenze zur Türkei präsent. Was immer die Medien am Verhalten der deutschen Delegation beim G-20-Treffen in St.Petersburg auszusetzen hatten, die Merkel-Regierung weiß sich der westlichen »Werte«gemeinschaft verpflichtet. Was Syrien betrifft, stellt sich die Bundesregierung aber nicht an die Seite der Scharfmacher à la Hollande. Angela Merkel betonte: »Die Dinge sind sehr schwierig.« Die Oppositionsparteien – mit Ausnahme der Linkspartei – lehnen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland nicht ab. Die Sozialdemokraten haben vielfach bewiesen, keine vaterlandslosen Gesellen mehr zu sein. Einen von der Sache her längeren, aber zeitlich recht kurzen Weg hatten die grünen Pazifisten zurückzulegen. Der grüne Co-Fraktionsvorsitzende im EU-Parlament, Cohn-Bendit, ist immer einer der ersten und vehementesten, wenn es gilt, ein militärisches Eingreifen anzumahnen. So auch bei Syrien: »Ja, die Bundesregierung müsste sich zusammen mit anderen EU-Ländern an der Vorbereitung einer militärischen Aktion beteiligen.« (Spiegel Online, 30.8.13)

Chancen für eine Beendigung des Konflikts: Gibt es die?

Der Strafrechtler und Rechtsphilosoph an der Universität Hamburg, Reinhard Merkel, macht denen hierzulande, die ihre Hoffnung auf die syrischen Rebellen setzen, wenig Hoffnung: »Nichts von all den romantischen Erwartungen einer demokratischen, rechtsstaatlichen Zukunft, mit denen eine gutgläubige öffentliche Meinung hierzulande die Ambitionen der syrischen Rebellen verklärt hat, wird sich in absehbarer Zeit erfüllen.« Die Journalistin der »Süddeutschen Zeitung«, Sonja Zekri, verweist auf die Erfahrungen mit dem Irak und befürchtet für Syrien eine ähnlich fatale Entwicklung: »Seit Beginn des Jahres fielen im Irak 4000 Menschen dem Terror zum Opfer. Das Land ist zerrissen zwischen Sunniten und Schiiten, die Sicherheitskräfte sind nach dem Abzug der Amerikaner nicht in der Lage, die Bevölkerung zu schützen. Falls Syrien zerfällt, würde auch dieser Staat infrage stehen. Es hätte der neuen Opfer nicht

bedurft, nicht der 800 Toten im August und nicht der 1000 im Juli, nicht der insgesamt 4000 seit Beginn des Jahres, die dem Terror zum Opfer fielen. Der Irak wäre auch ohne sie das beste Argument gegen jede Einmischung des Westens in Syrien. So aber ist er mehr als nur ein abschreckendes Beispiel.« (SZ, 4.9.13)

Leider ist zu befürchten, dass der zum Bürgerkrieg ausgeartete Konflikt in den kommenden Wochen und Monaten unvermindert anhält und weitere Opfer fordert. Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegt in erster Linie bei den ausländischen Mächten, die die Weiterführung des Krieges durch Geld, Waffen und Munition erst ermög-

lichen. Um den Konflikt einer Lösung näher zu bringen sind deshalb ein Stopp aller Waffenlieferungen und eine sofortige Waffenruhe unumgänglich. Außerdem müssen auf beiden Seiten die ausländischen Kämpfer abgezogen werden. Die Aufnahme von Verhandlungen könnte zu einer von Regierung und Opposition paritätisch besetzten Übergangsregierung führen. Diese hätte die Aufgabe, eine neue Verfassung, die den multikulturellen Charakter Syriens zum Ausdruck bringt, ausarbeiten zu lassen und freie Wahlen vorzubereiten. Eine Illusion angesichts der realen Lage im Land? Vielleicht. Aber gibt es dazu eine Alternative? hd, Stand: 13.9.13 ■

■ SCHLUSSFOLGERUNGEN NACH EINER GRIECHENLANDREISE

Der gesellschaftliche Verfall stellt die Linke vor komplexe Aufgaben

Der Eindruck, dass der griechischen Bevölkerung eine Periode verschärfter sozialer und politischer Auseinandersetzungen bevorsteht, hat sich während unseres Besuches in der Zeit vom 21.9. bis 28.9.2013 eindrucksvoll bestätigt. Die Frage, ob wir zum Auftakt eines »Stückes« anreisen, das mit dem Sturz der jetzigen Regierung enden wird, lässt sich dennoch bei bestem Willen nicht beantworten.

Die Treffen als auch die Demonstrationen, an denen wir teilnahmen, waren bestimmt vom Mord an Pavlos Fyssas. Damit hätte die »Goldene Morgenröte« (CA) eine Grenze überschritten, so die überwiegende Meinung unserer GesprächspartnerInnen. Bisher waren die Opfer der Faschisten in erster Linie Emigranten. Wegen der latenten, auch von der Regierung geförderten Ausländerfeindlichkeit hatte dies nicht zu einer derartigen öffentliche Empörung geführt, wie der Mord an dem 34-jährigen Hip-Hop-Musiker Pavlos Fyssas, einem arbeitslosen griechischen Hafearbeiter aus Piräus. Zwölf Polizisten – sechs der gefürchteten Motorrad-Schlägereinheiten – waren am Tatort ohne einzugreifen oder den Täter zu verfolgen. Nur der Initiative einer Polizistin war die Verhaftung des Täters zu verdanken. Die Verbrechen der Morgenröte und ihre Verbindungen zu den Sicherheitsorganen waren bis dahin kein Thema in den Mainstream-Medien und den Regierungsparteien. In konservativen Kreisen als auch Teilen der bürgerlichen Medien wurde bis vor kurzem noch über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der ND mit einer gemäßigten CA diskutiert, sollte die jetzige Regierungskoalition fallen. Das änderte sich nach diesem Mord schlagartig. Eine Untersuchung über die paramilitärischen Strukturen der CA und ihre Ausbildung durch Polizeioffiziere hatte die Regierung bis dahin unter Verschluss gehalten. Jetzt beherrschte das Thema die Schlagzeilen, das alle anderen sozialen und politischen Vorgänge – wie etwa die Streiks im öffentlichen Dienst – in den Hintergrund drängte.

Die sozialen und politischen Strukturen der Selbsthilfe

Vor einem Jahr war die Initiative »Solidarity-for-all« noch im Aufbau, wie uns Christos damals¹⁾ erläuterte. Inzwischen funktioniert die Koordination der sozialen Selbsthilfeinitiativen, deren Büro wir in Athen besuchen konnten.

Wir haben zahlreiche örtliche Initiativen besucht, die auf den verschiedensten Feldern humanitärer Hilfe und sozialer Selbstorganisation tätig sind, u.a. in der Betreuung Obdachloser, der medizinischen Versorgung in einzelnen Stadtvierteln, der Versorgung mit Kleidung und Lebensmitteln (auch durch Ausschaltung des Zwischenhandels durch Märkte auf denen die Produzenten ihre Waren billiger anbieten). Am stärksten hat mich der Besuch der Selbsthilfeinitiative in Perama beeindruckt. In diesem Stadtviertel mit einer Arbeitslosenrate von 90 Prozent bündeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse Griechenlands wie in einem Brennglas. Hier geht es nicht allein um den Kampf für ein menschenwürdiges Leben, sondern oft um Leben oder Tod – etwa wenn älteren Menschen nicht nur die medizinische Versorgung und notwendige Medikamente verweigert werden. Es gibt zahlreiche Fälle, wo diesen Menschen wegen Schulden bei den Energieunternehmen oder beim Finanzamt auch noch der Strom abgeschaltet wurde. Schwerkranke, die sich keine warme Mahlzeit oder kein warmes Getränk mehr zubereiten können und in den feuchtkalten Wintermonaten ohne Heizung dastehen. Das Selbsthilfezentrum sorgt in entsprechenden Fällen für den illegalen Anschluss an das Stromnetz.

Bewundernswert, wie unter diesen Verhältnissen Menschen die Kraft aufbringen, eine Selbsthilfeeinrichtung aufzubauen, um der zunehmenden Verelendung aber auch Vereinzelung entgegenzutreten. Soziales Elend fördert ja nicht automatisch den Zusammenhalt, sondern treibt die Konkurrenz im Überlebenskampf auf die Spitze. Das wurde auch in Perama sichtbar, z.B. durch das Ergebnis bei den letzten Wahlen, bei denen die CA elf Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Für die Arbeit im Selbsthilfezentrum sei es wichtig, so erläuterte Christos, die für den Kapitalismus so typische Ellenbogenmentalität zu überwinden. Das sei ein alltäglicher Kampf, in dem sie sich auch persönlich verändert und alte Verhaltensmuster abgelegt hätten. Zugleich betrachten sie ihre Arbeit nicht allein als humanitäre, sondern zu gleich als politische Aktivität. Sie wissen, dass ihre Arbeit nur »der Tropfen auf dem heißen Stein« sein kann. Deshalb wollen sie den Staat nicht aus seiner sozialen Verantwortung entlassen sondern unterstützen den politischen Kampf, beispielsweise für die kostenfreie medizinische Versorgung aller in Griechenland lebender Menschen, ob hier geboren, zugewandert oder als Flüchtling gestrandet. Wichtig für ihre Arbeit sei es, die Hilfesuchenden in die politischen und praktischen Aktivitäten

1) Der Schreiber dieser Zeilen war schon an einer ersten selbstorganisierten Solidaritätsreise von Gewerkschaftern im September 2012 beteiligt.

einzubinden, damit sie sich nicht allein als Bittsteller/Almosenempfänger empfinden.

Mit den Selbsthilfeinitiativen sind so in fast allen Stadtvierteln Athens kleine Stützpunkte oder Bollwerke des Widerstandes entstanden. Sie versuchen, die konkrete Hilfe im Stadtteil zu verbinden mit dem politischen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitenden und Erwerbslosen, auf die ärmeren Bevölkerungsteile. In Perama konnten wir mit eigenen Augen sehen, welche Bedeutung diesen Initiativen dabei zukommt. Die Faschisten der CA wären in diesem Stadtteil mit 90 Prozent Arbeitslosigkeit wohl wesentlich stärker präsent, gäbe es die Strukturen der Selbsthilfe nicht.

Wie die Medien nach der Festnahme des Täters vermeldeten, wurde der feige Überfall auf Pavlos Fissas von der Führungsriege der CA angeordnet. Sein politisches und künstlerisches Engagement galt nicht nur dem Kampf gegen die anwachsende faschistische Bedrohung. Als arbeitsloser Hafendarbeiter aus Piräus kannte der 34-jährige Musiker die Lebensbedingungen in Perama, er war einer von ihnen. Das kam auch auf dem Stadteilstfest zum Ausdruck, das wir nach den Gesprächen im Selbsthilfezentrum besucht hatten. Es wurde nicht nur die Geschichte des Stadtteils und seiner sozialen/politischen Kämpfe dargestellt – breiten Raum nahm auch das Gedenken an Pavlos Fissas ein. Er hatte seine künstlerischen und politischen Fähigkeiten auch in den Dienst dieser Selbsthilfeinitiativen gestellt, die er u.a. mit seinen Auftritten unterstützte. Der Mord gerade an ihm ist kein Zufall.

Der gewerkschaftliche Widerstand

Die vor der Abreise entstandene Hoffnung, dass sich der Streik der LehrerInnen zu einem breiten, unbefristeten Arbeitskampf ausweiten würde, der die Regierung ins Wanken bringt, hat sich nicht bestätigt. Nach den Aussagen von Nikos, einem Lehrer aus Athen, der auch in der nationalen Leitung ihres Gewerkschaftsverbandes OLME sitzt, lag dies vor allem an der Haltung der Dachverbände. In ihnen verfügen die Gewerkschaftsfunktionäre der Regierungsparteien noch über die Mehrheit. Vor allem der Dachverband für den privaten Sektor GSEE habe sich nicht an Absprachen und gemachte Zusicherungen gehalten und den Generalstreik sabotiert. Das ist sicherlich einer der Gründe. Doch diese Haltung haben die Dachverbände schon in der Vergangenheit stets eingenommen. Gewerkschaftsfunktionäre, die den Koalitionsparteien angehören, können ja kein Interesse am Sturz ihrer Regierung haben. Die zahlreichen Generalstreiks der vergangenen Jahre hatten die Funktion, Dampf aus dem Kessel zu lassen; an einer Kraftprobe mit der Regierung hatten die gewerkschaftlichen Dachverbände kein Interesse.

Für wesentlichlicher für den Misserfolg des Streiks an den Schulen halte ich die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Lohnabhängigen und dem Unternehmerlager, nach fünf Jahren des wirtschaftlichen Niederganges und eines von der Troika diktierten Regierungskurses der sozialen Demontage und der Liquidierung gewerkschaftlicher Rechte. Im öffentlichen Dienst sind zwar noch 80 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Freie Tarifverhandlungen gibt es jedoch seit Jahren nicht mehr. Der Gesetzgeber (sprich die Regierungskoalition mit ihrer parlamentarischen Mehrheit) verfügt über die Absenkung der Löhne. Es ist noch kein halbes Jahr her, dass die Regierung mit Hilfe von Notstandsverordnungen und der militärischen Zwangsverpflichtung die Arbeitskämpfe der Metrobeschäftigten, der Busfahrer, der Seeleute und vor den Schulferien der Lehrkräfte brach bzw. verhinderte. Die Entlohnung der Staatsbediensteten wurde derart stark

reduziert, dass es selbst den LehrerInnen schwer fällt, die finanziellen Einbußen der Streiktage zu kompensieren.

Noch düsterer ist die Lage der Beschäftigten im Privatsektor aus, deren Gewerkschaften dem Dachverband GSE angehören. Hier liegt der Organisationsgrad bei 15 Prozent. Zieht man die im staatlichen Besitz, aber privatwirtschaftlich geführten Betriebe (Stromerzeuger, Wasserwerke etc.) ab, so liegt der Organisationsgrad bei sieben Prozent.

Tarifverträge gibt es nicht mehr, sie wurden durch Individualverträge oder in Einzelfällen, wo die Kraft noch reichte, durch betriebliche Vereinbarungen ersetzt. In vielen Fällen gibt es nicht mal mehr einen schriftlichen Arbeitsvertrag. So erhalten neu eingestellte Beschäftigte im Buchhandel momentan noch einen Monatslohn von 400 Euro, berichtete Nikos, der Vorsitzende der Gewerkschaft Buch und Papier aus Athen. Er selbst zähle zu den Privilegierten, sein »Arbeitgeber« schulde ihm nur zwei Monatslöhne, viele KollegInnen warten seit einem halben Jahr auf die Auszahlung ihres Lohnes. Einen streikbedingten Lohnausfall kann sich kaum jemand noch leisten, so die Aussagen in vielen Gesprächen. Die Angst vor der Entlassung bei Teilnahme an gewerkschaftlichen Protestmaßnahmen tue das übrige. Nach den zahlreichen Demonstrationen und »Generalstreiks« glaube auch kaum noch jemand an den Erfolg der bisher praktizierten Kampfmittel. Nikos Einschätzung des heutigen Zustandes fiel drastisch aus. Seit Beginn der Krise habe die Bevölkerung Griechenlands drei Stadien durchlaufen: erstens Empörung und Wut, zweitens Enttäuschung und Frustration, drittens Hoffnungslosigkeit und Depression. Sie verfügten bisher über kein Medikament gegen die Depression. Das deckt sich mit der Stimmung, wie auch ich sie wahrgenommen habe.

Die Gewerkschaften als politisches Kampfinstrument?

Den Gewerkschaften wurde die Möglichkeit genommen, ihre ureigenste Aufgabe innerhalb des Systems auszuüben. Sie können die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr tarifvertraglich regeln. Wo die gewohnten gewerkschaftlichen Mittel versagen, bleibt nur noch die Möglichkeit, über den politischen Kampf die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten. Doch die Dachverbände kooperieren mit der Regierung und Versuche, die bunte gewerkschaftliche Landschaft mit den vielen Betriebs- und Basisgewerkschaften zu koordinieren, um eine gemeinsame Front gegen die Regierung zu bilden, stecken noch in den Anfängen. Erschwert werden sie durch die politische Zersplitterung auf der Linken – insbesondere durch die Abschottungspolitik der PAME, der gewerkschaftlichen Organisation der KKE. Viele kämpferische KollegInnen hätten sich in der PAME organisiert, so die Aussagen unserer Gesprächspartner. Leider seien alle bisherigen Versuche fehlgeschlagen, mit der PAME eine gemeinsame Abwehrfront zu bilden. In der innergewerkschaftlichen Debatte wirkte sie oft bremsend – etwa als sie sich bei den Diskussionen über Streikmaßnahmen an den Schulen gegen einen unbefristeten Arbeitskampf aussprach. So könnten sich die Vertreter der Dachverbände (Funktionäre der PASOK und ND) hinter der Argumentation von PAME verstecken. Zwar würden sich die PAME-Mitglieder an den ausgerufenen Arbeitskämpfen beteiligen, legten aber beispielsweise bei Demonstrationen stets Wert auf ein getrenntes Auftreten. Wir wurden selbst Augenzeuge dieses sektiererischen Verhaltens von PAME und KKE.

Die gesellschaftliche Stimmung ...

Die tiefe wirtschaftliche Depression, verstärkt durch die Diktate der Troika, hat im vergangenen Jahr ihr zerstöre-

risches Werk fortgesetzt. Sie prägt das gesellschaftliche Leben auf allen Ebenen. Das Elend hat ebenso zugenommen, wie die Zahl politischer Selbsthilfeeinitiativen, die wir teilweise selbst besuchen konnten.

Während die Vertreter der Koalitionsparteien »Licht am Ende des Tunnels« erblicken und den baldigen Aufschwung prophezeien, erinnern die Beschlüsse von Regierung und Parlament eher an ein Stück aus Absurdistan. In dem verzweifelten Bemühen, den Auflagen der Troika nachzukommen, sollen Steuern eingetrieben werden von Menschen, die über keinerlei Einkommen mehr verfügen. Obdachlose beispielsweise, die für das Jahr 2012 keine Rechnungen in Höhe von 750 Euro vorweisen können, sollen 120 Euro Einkommenssteuern bezahlen. Die Beispiele solch irrwitziger Entscheidungen ließen sich beliebig fortsetzen, während die Reeder alljährlich per Parlamentsbeschluss von den fälligen Steuerzahlungen de facto befreit werden und die Regierung versucht, im Auftrag der Troika die Restbestände des öffentlichen Eigentums zu verschern. Die meisten Maßnahmen werden per Regierungs-/Ministerialerlass verabschiedet und erst nachträglich parlamentarisch abgesegnet, wie beispielsweise die Schließung der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt ERT. Der Vertreter der Journalistengewerkschaft bei ERT fand deutliche Worte. Die jetzige Diktatur sei in ihren Konsequenzen verheerender als die Diktatur der Obristen (1967 – 74). Damals gab es keine soziale Demontage, seien keine Schulen und Krankenhäuser geschlossen worden. Auch wenn mir diese Aussage etwas gewagt scheint, sie drückt die Stimmung vieler Betroffener aus.

Tatsächlich hat sich hinter der parlamentarischen Fassade längst ein autoritärer Maßnahmestaat etabliert. Das einzige, was auf staatlicher Ebene reibungslos zu funktionieren scheint, ist die Repression, mit der die Regierung den immer wieder auflodernden Protesten begegnet, wie die schon erwähnten Streikverbote und Zwangsverpflichtungen. Das hat bisher Erfolg gehabt. Die von der Troika verordneten Maßnahmen wurden ohne jegliche Abstriche umgesetzt und mit jeder neuen Verhandlungsrunde zwischen Athen und den Gläubigern verschärft. Die Gewerkschaften wurden als soziale Kraft ausgeschaltet; die Versuche, die vielfältigen Betriebs- und Basisgewerkschaften zu sammeln und als politisches Kampfinstrument zu nutzen, stecken in den Anfängen. Die Masse der noch beschäftigten Bevölkerung ist mit dem Kampf um das tägliche Überleben beschäftigt und hat die Hoffnung verloren, mittels Streiks und Demonstrationen an ihrer Lage noch etwas ändern zu können.

Noch stärker fördert der tägliche Kampf ums Überleben, der fortschreitende gesellschaftliche Verfall, die depressive Stimmung unter den Erwerbslosen. In Perama mit seinen 60.000 Einwohnern kann die Selbsthilfeeinrichtung angesichts einer Arbeitslosigkeit von 90 Prozent höchstens die allerschlimmsten Auswirkungen für einen Bruchteil der Bevölkerung etwas abmildern. Davon wird ihre alltägliche Arbeit bestimmt. Sie werden zugleich zu Sammelpunkten von denjenigen, die Widerstand leisten wollen. Wie bei der Sammlung und Vernetzung der vielfältigen Betriebs- und Basisgewerkschaften scheint mir dieser Prozess bei den Selbsthilfeeinrichtungen erst am Anfang zu stehen – nur unter ungleich schlechteren materiellen und sozialen Voraussetzungen. Die meisten Selbsthilfeeinrichtungen sind zudem erst in den letzten beiden Jahren oder in den letzten Monaten entstanden.

Angesichts der Erfolglosigkeit der bisherigen Proteste verlagert sich die Hoffnung bei den meisten Engagierten auf einen Regierungswechsel. Bis in das linksradikale Spektrum hinein (mit Ausnahme der KKE) befürworteten die

meisten unserer GesprächspartnerInnen die Bildung einer von SYRIZA geführten Regierung. Der soziale Widerstand soll auf politischer Ebene geführt werden, um die Regierungskoalition zu kippen. Der Lehrerstreik war ein erster Versuch in dieser Richtung. Es wird allerdings nicht leicht, die jetzige Regierung aus dem Amt zu jagen. Sowohl die Koalitionsparteien als auch die Troika wollen Neuwahlen unter allen Umständen umgehen. Dass die Linke aus sich heraus in der Lage ist, die dafür notwendigen Massen zu mobilisieren, glaube ich zur Zeit nicht. Entweder sorgt die Regierung selbst durch ihre Beschlüsse für den spontanen Protest, der von der Linken genutzt werden kann, oder die Regierung bricht aufgrund der inneren Widersprüche in und zwischen den Koalitionsparteien auseinander. Im Frühjahr 2014 stehen außerdem die Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den Kommunalvertretungen an.

... und die Organisationen auf der Linken

Die Bemerkung von Moisis zum Beginn unserer Reise, dass alle linken Organisationen die Notwendigkeit der Einheit beschwören, in der Praxis allerdings nicht zusammenfinden, deckt sich mit meinen Eindrücken. Kennzeichnend war für mich die antifaschistische Manifestation anlässlich des Mordes an Pavlos Fyssas. Die Gewerkschaften und SYRIZA hatten zu einer Kundgebung vor dem Parlament mobilisiert (etwa 3.000 Teilnehmer), während die linksradikale Szene (etwa 30.000 Teilnehmer) versuchten, zum Parteibüro der CA vorzudringen. Diese »Arbeitsteilung« (Spaltung in »Friedliche« und »Militante«) kommt mir aus Deutschland bekannt vor. Die KKE nahm überhaupt nicht teil, weder an der Kundgebung noch an der Demonstration. Die Linke insgesamt vermag so der Masse der Enttäuschten und Verbitterten keine gangbare Perspektive zu weisen.

Die KKE verharrt in der selbst gewählten Isolation und verweigert sich allen Angeboten zum gemeinsamen Widerstand gegen die Troika und den wachsenden gesellschaftlichen Einfluss der CA. Außer verbalradikaler Rhetorik über die Notwendigkeit des Sozialismus und die Macht der »Volksbewegung« (unter ihrer Führung) hat sie wenig zu bieten. Vorbehalte und Skepsis gegenüber dem Kurs von SYRIZA gibt es in der gesamten Linken bis hinein in die Reihen von SYRIZA selbst. Aber die Kritik der KKE bleibt völlig wirkungslos, weil sie sich darauf beschränkt, den politischen Gegner/Konkurrenten auf der Linken zu entlarven – als neue Variante des Reformismus. Sie verkennt dabei zwei Dinge: Erstens, dass der Niedergang der PASOK und der Aufstieg von SYRIZA Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels ist, der sich auch in den Köpfen der arbeitenden/erwerbslosen Bevölkerung widerspiegelt. Zweitens, dass Klassenbewusstsein aus praktischen Erfahrungen in den Tageskämpfen entsteht und nicht über Propaganda/Aufklärung etc. künstlich geschaffen werden kann.

Normalerweise müsste sich eine derart tiefe wirtschaftliche und politische Krise, wie sie Griechenland in den letzten Jahren durchlebt hat, in einem wachsenden Einfluss für kommunistische Standpunkte und Organisationen niederschlagen. Für die KKE gilt das Gegenteil. Sie ist nicht in der Lage diese Voraussetzung zu nutzen, um ihren Einfluss auszubauen. Viele ihrer Anhänger und Wähler haben bei den letzten Wahlen für SYRIZA gestimmt. Für die KKE ist der Marxismus (der dialektische und historische Materialismus) längst zu einem Glaubensbekenntnis erstarrt; er dient nicht als Methode zur Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung. So bewegt sich die Politik der KKE zwischen verbalradikalen Erklärungen auf der einen und einer gehörigen Portion Opportunismus in der täglichen Kleinarbeit auf der anderen Seite. Dabei

würde eine Politik der Einheitsfront durch die KKE und PAME nicht nur helfen, deren eigene Isolation zu überwinden, sie würde auch den linken Parteiflügel in SYRIZA selbst stärken.

SYRIZA auf dem Weg zur Regierungsübernahme?

Mehr oder minder starke Skepsis über den weiteren Kurs von SYRIZA gab es bei fast allen unseren Gesprächspartnern. Entwickelt sich die Partei zu einer modernisierten Variante der alten PASOK bei der Verwaltung der kapitalistischen Verhältnisse in Griechenland? Es kann heute keine eindeutige Antwort auf diese Frage geben. Dazu sind die gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehr im Fluss, wie auch die innerparteilichen Widersprüche und Kräfteverhältnisse. Bei den Parlamentswahlen 2009 erhielt SYRIZA gerade mal fünf Prozent der Wählerstimmen, 2012 lag sie bei fast 28 Prozent. Neben enttäuschten PASOK-Wählern und Mitgliedern, die sich angesichts der Krise radikalisiert haben, dürfte sie auch ehemalige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre angelockt haben, die in den Reihen des Siegers ihre »Schäfchen ins Trockene« bringen wollen.

Der in meinen Augen linkssozialdemokratische Mehrheitsflügel um den Parteivorsitzenden Tsipras versucht sowohl innenpolitisch als auch auf internationaler Ebene auszuloten, welchen Spielraum es für eine mögliche SYRIZA-Regierung gibt, ohne es zu einem Bruch mit der Troika kommen zu lassen. Der Spielraum dürfte äußerst gering sein. Ein Regierungswechsel allein vermag die Kräfteverhältnisse innerhalb der Eurozone nicht zu verschieben. Es ist eher zu erwarten, dass der Druck durch die Troika noch zunehmen wird, um gerade einer linken Regierung ihre Grenzen aufzuzeigen.

Gleiches gilt für deren innenpolitische Feinde. Sie würden ihren Einfluss auf allen Ebenen des staatlichen Apparates (Beamte, Polizei/Militär, Justiz) nutzen, um eine SYRIZA-Regierung zu Fall zu bringen. Auf welchen Hass eine linke Regierung bei der Rechten in Griechenland stoßen wird, das lässt der Artikel von E. Rondholz »Der rechts Sumpf« (Seite 13) erahnen. Er schildert anschaulich auf welches Potential die Rechte – von der ND bis zur CA – zurückgreifen kann. Trotz dieser Gefahren scheint mir die Orientierung auf eine Ablösung der jetzigen Regierung durch SYRIZA die einzig sinnvolle zu sein. Sie entspricht wohl auch der Stimmung unter denen, die seit Jahren erfolglos sich den Diktaten der Troika und deren Umsetzung durch die griechische Regierung widersetzt haben.

In welche Richtung sich SYRIZA nach einer Regierungsübernahme entwickeln wird, hängt nicht allein von den innerparteilichen Kräfteverhältnissen ab. Der linke Flügel konnte auf dem letzten Parteitag seinen Einfluss leicht ausbauen, von 25 auf 30 Prozent der Delegiertenstimmen. Sollte SYRIZA der Konfrontation mit seinen außen- und innenpolitischen Feinden aus dem Wege gehen, in dem sie wesentliche Forderungen aus ihrem Wahlprogramm aufgibt, wäre es keine »linke« Regierung mehr. Hier verwies der Sprecher der linken Plattform, Panagiotis Lafazanis, auf die chilenischen Erfahrungen. Allende, der Vertreter des rechten Parteiflügels habe versucht durch weitgehende soziale Zugeständnisse die Reaktion auf seine Seite zu ziehen oder zu neutralisieren. Das sei eine Illusion gewesen, wie der blutige Putsch von 1973 gezeigt habe. SYRIZA sei bei der Umsetzung ihrer wichtigsten sozialen Forderungen auf die Unterstützung breiter Bevölkerungsmassen angewiesen, was ein Nachgeben in wesentlichen sozialen Grundanliegen ausschliesse. Eine weitere Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Experiments sei die Unterstützung auf europäischer Ebene, vor allem durch die Bevölkerung in den südeuropäischen Ländern. Allein kön-

ne eine griechische Linksregierung dem Druck der Troika auf Dauer nicht standhalten.

Es wird sich zeigen, ob ein Wahlsieg von SYRIZA bei möglichen Neuwahlen der außerparlamentarischen Mobilisierung neuen Schub verleihen wird. Sollte dies der Fall sein, würde es den linken Parteiflügel von SYRIZA stärken als auch den Druck auf die Führung der KKE erhöhen, sich an gemeinsamen Aktionen zu beteiligen. Unsere Gesprächspartner sahen gerade nach einem SYRIZA-Wahlsieg die Notwendigkeit der breiten Mobilisierung – zur Unterstützung und zur Kontrolle einer möglichen Linksregierung.

Überlebenskampf der Regierungskoalition

Die Diskussionen am Tage vor unserer Abreise waren bestimmt durch die Festnahme der Führungsfiguren der Morgenröte wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Anlass für das Vorgehen war der Mord an Pavlos Fyssas, mit denen die Faschisten offensichtlich überzogen hatten. Danach ist ein weiteres Liebäugeln konservativer Kreise mit der CA zunächst unmöglich. Auch die Vertreter der EU dürften auf ein schärferes Vorgehen gedrängt haben. Die parlamentarische Fassade soll, bei allen notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung der »Sparauflagen«, gewahrt bleiben.

Ihre Freude über die Verhaftung wich sehr schnell der Skepsis, wie uns Vertreter der »solidarischen Struktur« in Mirmigi mitteilten. Was bezweckt die Regierung mit ihrem Vorgehen gerade jetzt, sind doch die kriminellen Machenschaften der CA seit langem bekannt? Wird die Regierung jetzt auch verschärft gegen die Linke vorgehen? Die Erfahrungen der letzten Jahre legen dies nahe – die Repression traf fast ausschließlich die Linke und ihren Widerstand gegen die Troika. Das erstmalige (scheinbar konsequente) Vorgehen gegen die CA wurde deshalb zugleich verbunden mit einer publizistischen Offensive über die »beiden Extreme«, die es zu bekämpfen gilt. Der rechte Extremismus sei nur der Gegenpol zum linken. Eine Theorie, die uns in Deutschland aus der Zeit des Kalten Krieges bekannt ist. Linke und rechte Extremisten hätten die Weimarer Demokratie zerstört und dem Faschismus zu Macht verholfen. Die gesellschaftlichen Ursachen (Stichworte: Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit) bleiben ebenso ausgeklammert, wie die schrittweise Aushöhlung/Preisgabe der parlamentarischen Demokratie durch die bürgerlichen Parteien selbst.

Die Nea Demokratia versucht mit dieser Kampagne sich als einzige Kraft des rechten Lagers zu profilieren, die Ruhe und Ordnung gewährleisten kann. Sie will damit die Wähler zurückgewinnen, die zur Morgenröte abgewandert sind. Nur unter dieser Voraussetzung kann sie darauf hoffen, aus den nächsten Wahlgängen als stärkste Partei hervorzugehen. Die Aussichten, dass diese Rechnung aufgeht, sind nicht besonders hoch. Jedoch: Die jüngst Runde der Spardiktate, deren Ende nicht absehbar ist, sind keine Wahlwerbung für die ND. Sie werden der Morgenröte – oder notfalls einer neu gegründeten Ersatzpartei – auch weiterhin Zulauf verschaffen.

Nachtrag

Für den 5. November 2013 hatten die Kommissare von EU, EZB und IWF ihren Besuch in Athen angekündigt. Sie wollen kontrollieren, ob die griechische Regierung die Auflagen eingehalten hat, bevor eine neue Tranche der »Hilfsgelder« ausbezahlt wird. »In der Fraktion der Nea Dimokratia brodeln der Widerstand, weil Dutzende Abgeordnete sich einer neuen Immobiliensteuer, die selbst die mögliche Bebauung eines Grundstücks besteuert, widersetzen.« (Wassilis Aswstopoulos in telepolis vom 03.11.2013) Der Troika droht das politische Personal in Griechenland auszugehen, das für die

parlamentarische Absegnung ihrer Diktate benötigt wird. »Der griechische Regierungschef Antonis Samaras schloss weitere Kürzungen von Gehältern oder Renten und Pensionen aus. »Die wird es nicht geben«, sagte er im griechischen Fernsehen. Als Kampfansage an die »Troika« wollte er diese Aussage allerdings nicht verstanden wissen. »Die Vorstellung, wir befänden uns in einer Art Krieg, sollte aus den Köpfen verschwinden.« (Tagesschau, 05.11.2013) Zugleich hält die Unruhe unter der arbeitenden Bevölkerung an. Die Belegschaften einzelner Betriebe und öffentlicher Einrichtung sind weiterhin im Ausstand. Die gewerkschaftlichen Dachverbände sahen sich veranlasst, erneut zu landesweiten Streiks und Protesten am 6. November aufzurufen.

In dieser Situation fielen am Abend des 1. November vor dem Athener Parteibüro der CA die tödlichen Schüsse. Zwei Mitglieder der faschistischen Partei starben, einer liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Die Polizei machte in einer ersten offiziellen Stellungnahme »Linksextremisten« verantwortlich. Die Regierung (mit wenigen Ausnahmen) hält sich vorerst mit Schuldzuweisungen und Schlussfolgerungen zurück, aus Furcht vor einer unkontrollierbaren Zuspitzung der Lage.

Es ist müßig darüber zu spekulieren, wer die Täter dieses professionell ausgeführten Mordes waren und welche Motive sie leiteten. Die CA versucht die Situation zu nutzen und sich als Opfer darzustellen. Ihre Vertreter sprechen von einer Verschwörung gegen die Morgenröte, dessen geistige Wegbereiter in der Regierung zu suchen seien. Auch die Vertreter der Theorie der »zwei Extreme« werden die Morde nutzen, um sich als Hüter von Recht und Ordnung gegenüber rechts vor allem aber gegenüber links zu profilieren. Die Versuche, den Widerstand gegen die soziale Kahlschlagpolitik und den Ausverkauf des Landes zu kriminalisieren, nehmen zu. Jüngstes Beispiel ist das Vorgehen gegen den Anti-Minen-Protest in Skopuies, Chalkidiki. Die Kriminalisierung des Widerstandes und seine Gleichsetzung mit den Sturmabteilungen der CA sollen den Druck auf die Linke insgesamt erhöhen. Weitere Protestaktionen sollen sich innerhalb der vorgegebenen Grenzen und Gesetze abspielen. Die Deutungshoheit darüber, was kriminell und wer terroristisch ist, liegt in den Händen einer immer autoritärer regierenden Koalition und den Medien, die sich im Besitz griechischer Reeder und großer Bauunternehmer befinden. Auch im Dezember wurden die Arbeitsniederlegungen der Beschäftigten an den Universitäten, die Ende

Proteste in Chalkidiki

Unter dem Vorwand der Schuldenkrise verkauft die Regierung alle öffentlichen Güter gegen das Interesse der Allgemeinheit. Skouries ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie in Absprache zwischen multinationalen Konzernen, wirtschaftlichen Interessen einer neoliberalen Regierung und einer korrupten Justiz die Umwelt und die lokalen Gemeinden verwüstet werden. Während die Anti-Minen-Bewegung zu einer Massenbewegung wird, [...], hat die Regierung eine brutale Kampagne der Kriminalisierung und Diffamierung begonnen. Sie droht denjenigen mit langen Gefängnisstrafen, die sich gegen die Mine aussprechen und handeln. Mit ihrer Theorie von den »beiden Extremen« versucht die griechische Regierung, die Volksbewegung, die die neoliberale Plünderung und Zerstörung bekämpft, mit den Nazi-Verbrechern der Goldenen Morgenröte gleichzusetzen, die bis vor kurzem vom Staat geschützt wurden. (aus einer Erklärung der Protestbewegung) ■

September begannen, weitergeführt. Dem Rektor der Athener Universität droht ein Disziplinarverfahren, weil er sich weigerte, Repressionen gegenüber den Streikenden zu ergreifen. Auch im Gesundheitsbereich, an den Krankenhäusern, kommt es wegen Personaleinsparungen und Schließungsplänen immer wieder zu befristeten Streiks.

Im Dachverband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ADEDY) haben sich mittlerweile die politischen Kräfteverhältnisse geändert. Statt 38 Mandate im Vorstand verfügt die PASOK nur noch über 22. Die ND büßte 5 Sitze ein (19 statt bisher 24). SYRIZA konnte seinen Einfluss ausbauen von bisher 9 auf 14 Vorstandsmitglieder. Die KKE (PAME) erhielt 11 statt bisher 10 Sitze. ANTARSYA verfügt nun über 8 statt 4 Vorstandsposten und eine linke Abspaltung der PASOK kam ebenfalls auf 8 Sitze. Die DIMAR und zwei Gruppen aus dem linksradikalen Spektrum erhielten jeweils 1 Sitz. So verfügt die Linke jenseits von PASOK und ND über eine knappe Mehrheit. Es bestehen allerdings berechtigte Zweifel, dass die zersplitterte Linke diese Mehrheit nutzen kann. A., Berlin, Dez 2013 ■

Der rechte Sumpf in Griechenland¹⁾

Uniformierte Schlägertrupps der faschistischen Partei Chrysi Avgi (»Goldene Morgenröte«), die auf offener Straße, ungehindert oder gar unterstützt von der Polizei, Immigranten halb- oder ganz totschiessen, können nicht nur bei den Organen der Staatsgewalt auf ein hohes Sympathisantepotential bauen. [...] Bei Nea Dimokratia gibt es heftige Auseinandersetzungen über den Umgang mit den Faschisten. Während der alte rechtsliberale Flügel um Dora Bakojanni und Kyriakos Mitsotakis eine scharfe Abgrenzung von den faschistischen Hasspredigern fordert, setzt man im Umfeld des Regierungschefs auf einen sanfteren Umgang – es gelte, die rassistisch und nationalistisch gestimmten ehemaligen Wähler der eigenen Partei zurückzugewinnen oder aber notfalls mit einer in Zukunft seriöser auftretenden »Goldenen Morgenröte« zu koalieren.

1) Leicht gekürzte Fassung eines Artikels von Eberhard Rondholz in der KONKRET, Heft 11/13

[...] Nach der Ermordung des populären Rappers Pavlos Fyssas durch einen Messerstecher der Chrysi Avgi am 17. September in Piräus, Bezirk Keratsini, geht das so nicht mehr, das Image des Regierungschefs Antonis Samaras als seriöser Krisenmanager hat gelitten. Am Morgen des 29. September lässt die Staatsanwaltschaft den »Führer« der Chrysi Avgi, Nikos Michaloliakos, in Handschellen abführen, das Fernsehen ist dabei, Festnahmen weiterer Abgeordneter der Partei folgen. [...] Die faschistischen Abgeordneten werden bis auf den »Führer« (griechisch archigos) zunächst auf Kaution wieder freigelassen. Ermittlungsakten, die schon begonnen hatten, Staub anzusetzen, werden hervorgekramt, manche Jahrzehnte alt. Es geht um Mord und Totschlag, Bombenanschläge, schwere Körperverletzung und andere Straftaten. Eine stattliche Liste an Delikten, die für eine Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung schon lange gereicht hätte. Jetzt ist

es soweit, jetzt werden abgehörte Telefongespräche abgeschrieben, auffällig schnell legt die Regierung ein umfangreiches Dossier vor. Was davon gerichtsverwertbar ist, wird man sehen.

[...] Der Gründer der Partei, Nikos Michaloliakos, hat eine lupenreine Faschistenkarriere. Mit 16 Mitglied der Partei des Altfaschisten Kostas Plevris; 1984 Führer der Jugendorganisation der von Ex-Diktator Papadopoulos aus dem Gefängnis heraus gegründeten rechtsradikalen Nationalpolitischen Union (EPEN); 1985 Gründer einer eigenen Partei, der »Volksnationalen Bewegung Goldene Morgenröte«, die erfolglos dahindümpelt, mit Wahlergebnissen unter einem Prozent. Erst 27 Jahre später der erste plötzliche Erfolg: Die Partei geht bei den infolge der von Europa diktierten Austeritätspolitik verelendeten Massen erfolgreich auf Stimmenfang: Im Mai 2012 gewinnt sie sieben Prozent der Stimmen, mit 20 Parteigenossen und mit dem Hitlergruß zieht Michaloliakos ins Parlament ein, bei Neuwahlen im Juni sind es immer noch über 400.000 Wähler und 18 Abgeordnete. Zur gleichen Zeit beginnen ihre schwarz gekleideten Banden, ganze Stadtviertel zu kontrollieren, verprügeln Kommunisten und Gewerkschafter, machen Jagd auf Ausländer, gehen in den Schulen auf Mitgliederfang. Ihre zum Teil bei den Fallschirmjägern und anderen Teilen der Armee im Nahkampf ausgebildeten Schlägertruppen nennen sie, in Anlehnung an ein bekanntes Vorbild, Sturmabteilungen. [...]

Schwer zu erklären ist, auf den ersten Blick, der Aufstieg des Faschisten Nikos Michaloliakos in einem Land mit einer solchen Okkupationsgeschichte, in einem Land ohne faschistische Tradition. Anders als in den meisten Ländern Europas, wo in den dreißiger Jahren der Faschismus eine Massenbasis hatte, gab es in Griechenland nichts Vergleichbares. Die vom König installierte Metaxas-Diktatur von 1936 konnte kaum Anhänger gewinnen, Faschismus blieb eine Randerscheinung. Und auch die Putsch-Obristen des 21. April 1967 verdankten ihre Macht bekanntlich keiner Bewegung von unten.

Jetzt aber gibt es eine Basis für eine solche Bewegung, und die wird auch für die rechtskonservative Nea Dimokratia zum Problem. Deren Chef, Antonis Samaras, ist selbst ein Politiker mit ultrarechter Vergangenheit – er stürzte 1992 die gemäßigt rechte Regierung von Konstantin Mitsotakis, der ihm zu milde im Namensstreit mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien war. Und stürzte sich damit selbst für eine Weile ins politische Abseits; seine neu gegründete nationalistische Partei »Politischer Frühling« fiel ins Leere. Nach der reumütigen Rückkehr zur Nea Dimokratia griff er dort (und später im Land) erfolgreich nach der Macht. Zunächst mit populistischen Parolen: gegen Europa und die Politik der Troika. Heute ist er ihr williger Vollstrecker. Und das will er bleiben, um jeden Preis.

Lange hat Samaras dem Treiben der Faschisten tatenlos zugesehen und versucht, jede Konfrontation mit ihnen zu vermeiden. Und er sah auch zu, wie die Chrysi Avgi bei der Polizei Sympathisanten und Mitglieder gewann. Berüchtigt ist etwa das Revier von Agios Panteleimonos, das unter der langjährigen Leitung des inzwischen verhafteten Thanassis Sk. (die letzten drei Jahre stellvertretender Kripo-Chef von Athen) zu einer Hochburg der Chrysi Avgi geworden war und gleichzeitig feste Beziehungen zur Athener Unterwelt aufgebaut hatte. [...]

Auf Revierchefs wie diesen konnte sich die »Morgenröte« stets ebenso verlassen wie auf die griechische Justiz. Ein Gesetz, das ein Parteienverbot nach deutschem Muster



Am Tatort des Mordes

möglich machen würde, gibt es in Griechenland zwar bis heute nicht. Aber es hätte eines solchen Gesetzes gar nicht bedurft, um gegen die Partei juristisch vorzugehen – nicht nur bei offenen Gewalttaten der schwarz uniformierten Banden, sondern auch angesichts der Hetzrhetorik des parlamentarischen Flügels der Partei. So hätten die Verlautbarungen von Michaloliakos in der Zeitschrift seiner Partei, darunter offene Bekenntnisse zu den Prinzipien des Nationalsozialismus, eine Anklage nach dem Gesetz 927 aus dem Jahr 1979 (eine Kopie des deutschen Volksverhetzungssparagrafen 130 StGB) möglich gemacht, wenn nicht sogar zur Folge haben müssen. Doch was die griechische Justiz von diesem Paragraphen hält, das hat sie bereits 2009 im Fall des bekennenden Faschisten Kostas Plevris gezeigt: Von der griechischen Jüdischen Gemeinde als Autor der 1.000-Seiten-Hetzschrift »Juden – die ganze Wahrheit« angezeigt, wurde er in letzter Instanz freigesprochen und darf so weiterhin unbehelligt Adolf Hitler einen großen Politiker des 20. Jahrhunderts nennen, dem nur ein historischer Fehler anzulasten sei: dass er Europa nicht gründlicher von den Juden gesäubert habe. Dies war das erste und letzte Mal, dass das Gesetz 927 überhaupt zur Anwendung kam [...].

Auch in vielen Massenmedien fanden die Herren der »Morgenröte« ein ihnen wohlgesonnenes Umfeld. So kamen die Faschisten in den überwiegend von Griechenlands Reeder-Oligarchen und Großbauunternehmen kontrollierten Fernsehkanälen häufig zu Wort, durften für ihre Sache werben, auch die Gattin des Chrysi-Avgi-Chefs, Eleni Zaroulia, konnte dort ihr vorbildliches Familienleben ausbreiten. [...] Salonfähig machen wollte Antonis Samaras, so scheint es, seine potentiellen Bündnispartner von der »Goldenen Morgenröte« auch auf europäischem Parkett. So delegierte er Eleni Zaroulia [...] in die Parlamentarische Versammlung des Europarats. Einer der Arbeitsschwerpunkte dieses Gremiums: die Menschenrechte – hier wird, unter anderem, der europäische Menschenrechtskommissar gewählt. Und Frau Zaroulia (Spitzname in der Partei: »Unsere Eva Braun«), für die Ausländer grundsätzlich »Untermenschen« sind, wurde dort Mitglied im »Komitee für Gleichheit und Nichtdiskriminierung«. [...]

Meinungsumfragen deuten Anfang Oktober darauf hin, dass die »Goldene Morgenröte« nach dem Mord an Pavlos Fyssas ein wenig an Sympathien verliert – ihr Wählerpotential könnte sich auf den Stand der Wahlergebnisse von 2012 reduzieren. Das wäre noch immer schlimm genug. Auch dürfte der von den Faschisten unterwanderte Polizeiapparat so leicht nicht mehr unter Kontrolle zu bringen sein; mit der Entlassung von ein paar Reviervorstehern ist es nicht getan. Und die reichlich mit Geld (durch staatliche Parteifinanzierung, aber auch aus Spenden der Wirtschaft) ausgestatteten paramilitärischen Banden des Nikos Michaloliakos werden ihrerseits nach einer eventuellen Verurtei-

lung des Führers und seiner Unterführer oder gar nach einer Auflösung der Partei nicht gleich ihre Totschläger und Stilette abgeben.

Wenn die Regierungspartei Nea Dimokratia jetzt auf die »Repatriierung« der an die Faschisten verlorenen rechten WählerInnen setzt, dürfte die Rechnung kaum aufgehen,

denn ein Ende der von der Regierung Samaras exekutierten brutalen europäischen Austeritätspolitik ist nicht in Sicht. Das Massenelend im Land wird eher noch wachsen, und das ist der Nährboden, auf dem der neue griechische Faschismus gedeiht. ■

■ FLÜCHTLINGSKATASTROPHE VOR LAMPEDUSA

EU-Grenzregime: Wirtschaftskraft stärken, Fachkräfte anwerben, das Elend von der Tür weisen

Die Flüchtlingskatastrophen vor Lampedusa, zuletzt die vom 3. Oktober 2013, führen immer mal wieder zu einem moralischen Aufschrei in der EU, der aber in der Regel verklingt, ohne dass sich Wesentliches zum Besseren verändert. Mitleidsgefühle und Ängste liegen bei den Menschen West- und Mitteleuropa eng nebeneinander. Den Forderungen nach humanitärer Hilfe und einer Änderung der EU-Flüchtlingspolitik steht die Abwehr von Ansprüchen an das deutsche Sozialsystem entgegen. Der Zustrom von MigrantInnen, Flüchtlingen verunsichert viele Lohnabhängige, werden doch Flüchtlinge bzw. MigrantInnen angesichts schrumpfender Sozialerlets von nicht wenigen als Konkurrenten gesehen.

Während die NPD besonders in kleinen Städten der neuen Bundesländer versucht, mit der Propaganda von »Sozial-schmarotzern« im Trüben zu fischen, haben im Herbst 2013 im mecklenburgischen Friedland und Rostock mehrere hundert Menschen für mehr Solidarität mit Flüchtlingen demonstriert, forderten eine menschenwürdige Willkommenskultur, eine andere Flüchtlingspolitik und ein tatsächliches Recht auf Asyl.

Aus Solidarität mit Flüchtlingen, die sich in Hamburg seit dem Frühjahr 2013 zu einer Gruppe »Lampedusa« (etwa 300 aus Libyen über Italien eingetroffene) zusammengeschlossen hatten und seither um menschenwürdige Aufnahme und Bleiberecht kämpfen, gingen Menschen mehrmals auf die Straße, nach einem Spiel des FC St. Pauli waren es rund 9000. Sie protestierten gegen das rigide Vorgehen des Senats gegen die Flüchtlinge, der sich auf EU-Bestimmungen beruft. Ihrer Forderung nach einem Bleiberecht gab eine kirchlichen Initiative konkreten Ausdruck mit der Unterbringung eines kleinen Teils der Betroffenen nachts in der St.-Pauli-Kirche. Die nach mehreren Monaten damit überforderten Gemeindemitglieder erhielten inzwischen von weiteren Gemeinden Unterstützung, als diese sich ebenso wie die St.-Pauli-Kirche gegenüber dem Bezirksamt Altona mit der Aufstellung von beheizbaren Wohncontainern auf Kirchengelände durchsetzen konnten. Die Unterstützung in der Bevölkerung vor allem aus diesen Kirchengemeinden war groß und wuchs ständig. Ebenso leisten inzwischen muslimische Gemeinden tatkräftige Hilfe bei Unterkunft und Verpflegung.

Flüchtlingen und armen Zuwanderern aus anderen Kulturen fällt es schwer, in diesem Land Anerkennung und eine Perspektive zu finden. Willkommen sind den Unternehmern hochqualifizierte Kräfte. Für viele Zuwanderer, vor allem wenn sie ohne Ausbildung und Sprachkenntnisse sind, bleiben überwiegend nur Arbeitsplätze mit besonders niedrigen Löhnen, langen Arbeitszeiten, inhumanen

Unterkünften, wie in der Fleischindustrie, der Pflege und auf Werften. Asylsuchende dürfen nicht arbeiten, solange ihr Verfahren läuft. MigrantInnen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis haben logischerweise massive Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden.

Von Seiten der Bundesregierung werden die Ursachen des Flüchtlingsstroms mit dem Fingerzeig auf profitierende Schlepperbanden und hohlen Forderungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen in den Heimatländern verschleiert. Forderungen nach Humanität verschwinden schnell aus der öffentlichen Diskussion. Sie müssen mit den vielfältigen Ursachen der Migration in Zusammenhang gebracht werden, aber auch mit den Zuständen in unserer Gesellschaft, der Frage, warum Menschen von hier sich oft so feindselig verhalten, und mit der Politik der Grenzschließung seitens der BRD und der EU, dem sogenannten Grenzregime.

Grundlagen der Asylpolitik von EU und BRD

Schon der Begriff »Flüchtlinge« löst Auseinandersetzungen aus, die von verschiedenen Interessen geprägt sind. Offiziell versteht man darunter Personen, die in ihrem Herkunftsland politisch verfolgt oder von Krieg bzw. Bürgerkrieg bedroht werden und deshalb auf der Flucht sind. Dazu gehören sowohl solche, die ihr Land verlassen und ins Ausland gehen (letztlich bis Europa) als auch Binnenflüchtlinge. Schließlich gibt es in großer Zahl diejenigen, die aus wirtschaftlicher Not bis hin zu nacktem Elend oder vor den Folgen von Umweltzerstörungen und Klimaveränderungen flüchten. Rechtsgrundlagen unterschiedlichen Charakters hierzu bieten die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention, Rechtsvorschriften der Europäischen Union und nationalstaatliche Verfassungen. Das nach den Erfahrungen des Naziterrors und der Kriegereignisse ins deutsche Grundgesetz aufgenommene Prinzip »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« erwies sich als Schönwetterversprechen, das den globalen Veränderungen im Gefolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion bzw. dem nationalistischen Wahnsinn nach dem Anschluss der DDR nicht standhielt.

Flüchtlinge werden bekanntermaßen nur selten mit offenen Armen aufgenommen. Sonntagsreden von PolitikerInnen und moralischen Autoritäten aller Art ändern daran wenig. Sie haben häufig gerade nicht das Ziel, Änderungen des gesellschaftlichen Klimas zur Verbesserung der Aufnahmebedingungen herbeizuführen, sondern sollen ein wenig Dampf ablassen, um danach zur Tagesordnung zurückzukehren oder gar verschärfende Maßnahmen durchzuführen. Das wohl bekannteste Beispiel

hierzu ist die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Deutschland im Jahre 1993. Nach einer Welle von rassistischen Ausschreitungen gegen Heimunterkünfte von Asylsuchenden (Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen), Wohnungen von Menschen mit sogenanntem »Migrationshintergrund« (Solingen, Mölln), Überfällen auf Einzelpersonen und Gruppen etc. wurde der Grundgesetzartikel 16a durch Zusatzbestimmungen und darauf sich berufende Entscheidungspraxis von Verwaltung und Gerichten so verändert, dass der Asylrechtsschutz stark ausgehöhlt wurde und oft nur noch die Anerkennung so genannter Abschiebehindernisse aus gesundheitlichen Gründen, v.a. wegen traumatischer Verfolgungserfahrungen, geltend gemacht werden kann.

Die Asylpolitik in der EU wurde in einer Reihe von Verträgen, Richtlinien und Verordnungen von den Nationalstaaten auf die Union übertragen. Dies liegt in der Konsequenz der kapitalistisch bestimmten Integration Europas, also des Binnenmarktes, des Schengen-Abkommens (Abschaffung der stationären Grenzkontrollen), des Maastricht-Vertrages (Rechtsgrundlage der EU als übergeordneter Verbund für die Europäischen Gemeinschaften, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres) usw. Schließlich entstanden ja mit der von den Interessen des europäischen Kapitals verlangten Öffnung der Grenzen aus der Sicht der Regierungen Sicherheitslücken, die zu stoppen waren. Im Maastricht-Vertrag (1992) wurde die Flüchtlings- und Asylpolitik deshalb erstmals als »Angelegenheit von gemeinsamem Interesse« definiert, die aber noch weitgehend in der Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten belassen wurde. Erst durch den Amsterdamer Vertrag (1997) wurde die Zuständigkeit auf die EU übertragen, allerdings nicht voll, weil eine so genannte »stay in/opt out«-Klausel den Staaten die Wahl lässt, Bestimmungen umzusetzen (Großbritannien, Irland und Dänemark machten davon Gebrauch).

Seit dem Haager Programm von 2004 gibt es einen zweistufigen Harmonisierungs-Zeitplan. In der ersten Phase wurden vier Rechtsinstrumente als Grundlagen der Vereinheitlichung geschaffen, nämlich die Dublin-Verordnung, nach der ein Asylsuchender in dem Mitgliedstaat, den er zuerst betreten hat, seinen Asylantrag stellen muss, die Asylaufnahmerichtlinie, die Mindeststandards in Aufnahme und Versorgung der Asylbewerber vorgeben soll, die Qualifikationsrichtlinie, die dafür sorgen soll, dass auch Flüchtlingen Schutz geboten wird, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention kein Anrecht auf Asyl hätten, aber auf Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention dennoch nicht in ihr Land zurückgeschickt werden können, und die Asylverfahrensrichtlinie, die Mindestnormen für Asylsuchende aufstellt, beispielsweise eine Verfahrensgarantie. In einer zweiten Phase soll insbesondere eine Lastenteilung innerhalb der EU auf die einzelnen Staaten erarbeitet werden. Im finnischen Tampere wurde 1999 beschlossen, die EU zu einem »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« zu entwickeln, eine Formulierung, die angesichts der Geschehnisse an den europäischen Außengrenzen wie auch in nationalen Asylverfahren an Zynismus nicht zu überbieten ist.

Die Dublin-II-Verordnung

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten steht in der Kritik seitens zahlreicher Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl, Amnesty International und Human Rights Watch, da nicht der Schutz von Flüchtlingen, sondern ihre Abwehr an den Grenzen exekutiert wird. Die Mitgliedstaaten senken mittels Verträgen zu

Beispiel: Der Kontinent Afrika

»Wenn Menschen ihrer afrikanischen Heimat den Rücken kehren, sich auf die Flucht machen und dabei vor Lampedusa den Tod finden, dann ist das, zynisch gesprochen, Teil einer traurigen «Handelsbilanz»« (FR, 7.12.2013). Demnach ist Armut – neben Bürgerkriegen und politischer Verfolgung – eine der Hauptursachen für die Flucht über das Meer. Europa ist wegen der geografischen Nähe das wichtigste Ziel. Rund 380 Millionen Menschen in Afrika müssen mit weniger als 1,25 Dollar am Tag auskommen. In den Staaten südlich der Sahara sind das 50 Prozent der Bevölkerung.

Die Handelspolitik der EU mit »assoziierten« Staaten in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP-Staaten) verschärft die ohnehin kritische Lage. Auf der Grundlage von Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPA) öffnen beide Seiten ihre Grenzen, Zölle, Exportsteuern, Importbegrenzungen werden verboten. Die AKP-Staaten bekommen Zugang zum europäischen Markt – umgekehrt sind sie damit der produktiveren Konkurrenz aus der EU ausgesetzt. Über die EU-Agrarpolitik subventionierte Massenprodukte wie Michpulver, Tomatenpaste, Geflügel- und Schweinefleisch verdrängen Kleinbauernfamilien in Ländern wie Ghana, Burkina Faso, Elfenbeinküste von den lokalen Märkten, nicht zuletzt, weil sie unter den dortigen Herstellungskosten angeboten werden können. In der Fischindustrie sieht es ähnlich aus: Nach dem Prinzip »Cash for Fish« schloss die EU Abkommen mit bisher 11 »Drittländern«. Gegen Geldzahlung von der EU räumen europäische Trawler, die am Tag 200 Tonnen Fisch fangen und verarbeiten können, die Fanggründe, etwa vor der afrikanischen Westküste oder vor Somalia, leer. Die Coalition for Fair Fishing Arrangements (CEFA) schätzt, dass ein Fünftel der afrikanischen Flüchtlinge ehemalige Fischer oder Fischereibesetzte sind.

Ohne Importzölle ist aber der Schutz der lokalen Ökonomie nicht mehr zu gewährleisten. Deshalb forderte im Oktober 2013 eine Konferenz zivilgesellschaftlicher Organisationen aus den AKP-Staaten in Harare (Simbabwe) den Abbruch der derzeit laufenden EPA-Verhandlungen. ■

Drittstaaten (etwa: Italien und Libyen zu Zeiten Berlusconi und Gaddafis) die Zahl der ankommenden Flüchtlinge; diese werden oftmals schon auf See abgefangen und somit ein Antrag auf Asyl unmöglich gemacht. So sank die Zahl der Asylanträge von 1992 bis 2007 um 460000 auf 220000 (Wikipedia, Stichwort Flüchtlinge). Vor allem die südlichen Mitgliedstaaten wie Italien, Spanien und Griechenland fühlen sich aufgrund ihrer geografischen Lage überfordert, weil ein Großteil der Asylsuchenden die Reise über das Mittelmeer unternimmt und die Dublin-II-Verordnung vorschreibt, dass Flüchtlinge, egal, wo sie hinwollen, in den als ersten betretenen Mitgliedstaat abgeschoben werden. Welche Probleme das aufwirft, zeigt das Beispiel Griechenland. Die Art, in der mit Flüchtlingen umgegangen werde, sowie die Bedingungen, in denen sie leben müssen, sind laut Europäischem Gerichtshof »unmenschlich und erniedrigend«. Die Chancen auf Annahme des Asylantrags sind gegenüber anderen EU-Staaten ungleich geringer, oftmals kommt es auf Grund der Überlastung nicht zu regulären Prozessen. Abschiebungen im Zuge der Dublin-II-Verord-



nung nach Griechenland sind daher z.B. in Deutschland vorübergehend ausgesetzt.

Die Dublin-II-Verordnung vom 18. Februar 2003 regelt, welcher Mitgliedstaat für einen im Geltungsbereich gestellten Asylantrag zuständig ist. Damit soll erreicht werden, dass ein Asylsuchender innerhalb der Europäischen Union nur noch ein Asylverfahren betreiben kann. Im Wesentlichen ist der Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, dessen Boden der/die Asylsuchende als ersten betritt. Stellt er/sie dennoch in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag, wird kein Verfahren mehr durchgeführt, sondern der/die Asylsuchende an den zuständigen Staat überstellt. Das Rückgrat der Dublin-II-Verordnung ist die europäische Datenbank EURODAC, die den Asylbehörden bei der Prüfung ihrer Zuständigkeit Anhaltspunkte dafür liefert, ob die betreffende Person bereits in einem andern Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt hat und/oder wann und wo sie illegal in den Geltungsbereich der Verordnung eingereist ist.

Repression, Willkür und Missbrauch ist hier Tür und Tor geöffnet. Die Staaten an den EU-Außengrenzen kontrollieren diese Grenzen streng, weil sie sonst für alle nachfolgenden Asylverfahren und die damit verbundenen Kosten zuständig wären. Oftmals versuchen Migrant*innen dennoch, die Grenzen zu überwinden, nicht selten in Abhängigkeit von professionellen Schleusern. Gelingt es ihnen darüber hinaus, in den EU-Staat ihrer Wahl einzureisen, obwohl dieser keine EU-Außengrenzen hat, kommen sie vom Regen in die Traufe. Das in Deutschland für Asylverfahren zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht rigoros vor, auch unter Missachtung der Rechte von Asylsuchenden, deren Abschiebungsverfahren bei Nacht und Nebel, ohne rechtzeitige Information der Betroffenen und ihrer Rechtsbeistände, vorbereitet und durchgeführt werden. Die unterschiedlichen Asylrechts- und allgemeinen Sozialstandards in den EU-Staaten führten bisher mehrfach zu Gerichtsurteilen, in denen Abschiebungen nach Dublin II in Länder wie Griechenland und Italien untersagt wurden.

Das EU-Grenzregime: Frontex und Eurosur

Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU (Frontex) mit Sitz in Warschau wurde im Jahr 2004 durch Verordnung des Rates der Europäischen Union eingerichtet. Sie koordiniert die operative Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der Sicherung der Außengrenzen gegen »illegalen Übertritt«, unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von nationalen Grenzschutzbeamten und legt unter anderem gemeinsame Ausbildungsnormen fest. Außerdem erstellt sie »Risikoanalysen«, verfolgt die Entwicklungen der für die Kontrolle und Überwachung der

Außengrenzen relevanten Forschung, erbringt für die Mitgliedstaaten technische und operative Unterstützung an den Außengrenzen und leistet die erforderliche Hilfe bei der Organisation gemeinsamer Rückführaktionen der Mitgliedstaaten. Einsatzgebiete liegen in verschiedenen Teilen des Mittelmeers, an der griechisch-türkischen Grenze, vor den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln (Westafrika), an internationalen Flughäfen und an anderen Orten bei Bedarf wie etwa bei der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine.

Frontex hat wenige direkte Mitarbeiter (256 nach dem Stand Oktober 2010) und greift für ihre Aufgaben auf nationale Kräfte zurück, die sie koordiniert. Das Frontex-Budget setzt sich aus Beiträgen der Schengen-Mitgliedstaaten sowie in einzelnen Jahren Beiträgen Norwegens, Islands, Irlands und Großbritanniens zusammen. Für 2009 bis 2011 lag das Budget jährlich bei ca. 88 Millionen EUR. Frontex verfügt zur Erfüllung ihrer Aufgaben über 20 Flugzeuge, 25 Hubschrauber und 100 Boote (alle Angaben nach Wikipedia, Stichwort Frontex, Stand Oktober 2010).

Das EU-Parlament in Straßburg hat am 13. September 2011 mit großer Mehrheit mehr Befugnisse für die europäische Grenzschutzagentur Frontex befürwortet. Die Agentur kann nun eigene Grenzschützer anfordern sowie eigene Ausrüstungen wie Hubschrauber und Fahrzeuge anschaffen. Damit ist sie nicht mehr so stark von den Zuweisungen der EU-Länder abhängig. Zudem soll ein Menschenrechtsbeauftragter künftig bei Einsätzen darauf achten, dass die Grundrechte eingehalten werden. Ein Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission sieht vor, die an einem Seeinsatz beteiligten Einsatzkräfte ausdrücklich zu verpflichten, während des Einsatzes jedem in Seenot befindlichen Schiff und jeder in Seenot befindlichen Person Hilfe zu leisten. Dies muss als Wortgeklänge gewertet werden, das der Legitimation des wirklichen Einsatzzweckes, nämlich der barbarischen Form der Flüchtlingsabwehr, dient.

Nach Angaben von Pro Asyl sind in den 20 Jahren bis 2008 ca. 8100 Menschen an den EU-Außengrenzen ums Leben gekommen, allein 2007 etwa 2000. Im April 2012 gab es seitens der italienischen Regierung eine Fortführung und Ergänzung des Freundschaftsvertrags, so dass Libyen die Grenzen sichern soll und im Gegenzug von der EU unterstützt wird, dies auch umzusetzen. Im November 2013 wurde der Agentur vorgeworfen, direkt an »Push-Backs« (»Rückschiebung« von Menschen) von Griechenland in die Türkei beteiligt zu sein.

Nach der Katastrophe vom 3. Oktober 2013 vor Lampedusa wurde in den Medien über den Einsatz eines neuen Systems »Eurosur« geschrieben, das angeblich der »Retung von in Not geratenen Menschen« diene, als sei es eine



Hamburg: Schüler demonstrieren gegen den Umgang mit geflüchteten Menschen.

Ein Teil der rund 241.000 Schülerinnen und Schüler Hamburgs hat es sicher schon mal hautnah »mit«erlebt, wenn eine Mitschülerin oder ein Mitschüler plötzlich durch behördliche Verfügungen (oft handfest unterstützt durch Polizei) in die Heimat ihrer/seiner Eltern oder das eigene Geburtsland verbracht wird. Immerhin waren es in 2012 rund 32 Schülerinnen und Schüler. Oft begann der Protest gegen die den gesetzlichen Vorgaben folgenden Gewaltmaßnahmen schon im engeren sozialen Umfeld, in der Klasse, in der Schule. Flächendeckend haben etwa ein Drittel der Hamburger Schüler einen Fluchthintergrund, in manchen Stadtteilen sind es mehr als 50 Prozent. Für die rund 3500 Demonstrierenden, die am 12. Dezember für mehr als zwei Stunden durch die Innenstadt zogen, ist es ein Teil ihres Alltags, oftmals seit dem Kindergarten, dass Gleichaltrige durch die Flucht ihrer Eltern (oder sogar allein) hierher gekommen sind, hier aufwachsen und an allen Möglichkeiten

und Begrenzungen der Bildungsmöglichkeiten beteiligt sind. Mit Rufen wie »No border, no nation, no deportation« und »Hoch die internationale Solidarität« drückte sich eine unmittelbare Anteilnahme aus, die sich auch durch sehr viele selbstgemalte Schilder zeigte. Dazu als »special guests« eine Handvoll ver.di-Fahnenträger, entweder gerade in ver.di eingetretene Flüchtlinge oder Rentner aus der Gewerkschaft. Zum Ende der Demonstration, sie war schon stark geschrumpft, war der letzte Halt vor der SPD-Parteizentrale. Dort war es der Lautsprecherwagen der Schülerinitiative, der zu dem Ruf »Ganz Hamburg hasst die SPD« aufforderte, was dann durchaus von der Menge aufgegriffen wurde und angesichts des von Polizei abgeriegelten SPD-Hauses einen makabren Eindruck machte. Presse, Funk und Fernsehen berichteten angesichts der Größe der Demonstration sehr »zurückhaltend«, allerdings haben sich Sprecher der Polizei und der Schulbehörde ebenfalls sehr zurückhaltend geäußert, eine Provokation der aktiven Schüler sollte wohl vermieden werden. ■

humanitäre Maßnahme als Lehre aus dem Tod von fast 400 Menschen allein an diesem Tag. Tatsächlich wurde dieses System bereits 2006 beschlossen und am 10. Oktober 2013 vom Europaparlament nur nochmal bestätigt: Ab Dezember 2013 soll es in sieben an das Mittelmeer angrenzenden Ländern eingesetzt werden. Es ist ein Überwachungssystem mit Drohnen, Aufklärungsgeräten, Offshore-Sensoren und Satellitensuchsystemen. Sein Zweck ist die »Optimierung« der Frontex-Aktivitäten durch noch schnelleren Informationsaustausch über die Flüchtlingsbewegungen an den europäischen Außengrenzen.

Politische Konsequenzen

Aus all dem folgt, dass die EU und die Regierungen ihrer Mitgliedstaaten auf absehbare Zeit keine Änderung ihrer Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik vornehmen werden, es sei denn die weitere Verschärfung der Abschottungspolitik und der Effizienzsteigerung. »Kaum sind die Bilder der verunglückten Flüchtlinge vor Lampedusa nicht mehr präsent, verschwindet die Flüchtlingspolitik von der Agenda«, erklärte eine FDP-Europaabgeordnete der Frankfurter Rundschau (27.11.2013). Doch das ist eine Fehleinschätzung bzw. Verschleierung: Längst werden weitere Maßnahmen vorbereitet, die – trotz aller Sonntagsreden – nicht der Seenotrettung dienen, sondern dem »Push-back«, d.h. der Rückschiebung auf hoher See aufgegriffener Flüchtlinge. »Seeaußengrenzverordnung« heißt ein solches Papier, dessen Umsetzung die Europäische Kommission nun vorantreibt.

Kontroversen grundsätzlicher Art sucht man unter europäischen ParlamentarierInnen vergeblich. Der Streit geht im Wesentlichen um die Effizienz von Maßnahmen der

Grenzsicherung (etwa, dass Frontex immer noch zu dezentral organisiert sei und daher auf europäischer Ebene gestrafft werden müsse), um die »gerechte« Verteilung der Lasten auf die Mitgliedstaaten sowie um die Frage, welche Menschen »Europa« denn brauchen könne. Die grüne EU-Parlamentarierin Barbara Lochbihler erklärte in einem Interview der Frankfurter Rundschau vom 23. November 2013: »Viele, die mit Hilfe von Schleppern zu uns kommen, gehören zum Mittelstand, sonst könnten die sie gar nicht bezahlen. Viele, auch auf Lampedusa, haben qualifizierte Ausbildungen. Ohne das Arbeitsargument überstrapazieren zu wollen, sollten wir auch schauen, wie man solchen Menschen den Zugang ermöglichen kann.« Das ist das bekannte Nützlichkeitskriterium im Sinne der Kapitalverwertung. Auf der einen Seite selektiert man die Fachkräfte, auf der anderen weist man das Elend von der Tür. Dies stößt weit hin auf Zustimmung. Den meisten Menschen im noch sicher erscheinenden Europa, insbesondere Deutschland, sitzt kurzfristig das eigene Hemd näher als der Rock. Die tiefgreifenden globalen Veränderungen und die Migrationsbewegungen stellen aber auch die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in Europa in Frage und zwingen dazu, über Konsequenzen nachzudenken.

Gewerkschaften, die sich der Sozialpartnerschaft am heimischen Standort verpflichten, schließen sich der herrschenden Sichtweise in der Regel an, jedoch nicht immer ohne innere Differenzen. Wir erwähnten eingangs die Flüchtlinge aus Lampedusa in Hamburg. Unterstützt wird diese Gruppe dort von ver.di, Fachbereich 13, dessen Gewerkschaftssekretär Peter Bremme sich eine Abmahnung der ver.di-Landesleitung wegen »schwerwiegender Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten« einfiel. Dies ist umso

Zur weltweiten Fluchtbewegung

(Frankfurter Rundschau 16.11.2013):

»Fast eine Milliarde Menschen sind nach Zahlen der Vereinten Nationen weltweit unterwegs – jeder siebte Erdenbürger also. 232 Millionen von ihnen haben ihrem Herkunftstaat den Rücken gekehrt. Die übrigen gut 750 Millionen migrieren innerhalb ihres Landes. Von all diesen Menschen sind etwa 45 Millionen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung – alle übrigen suchen aus anderen Gründen Arbeit oder ein besseres Leben. ... (Sie migrieren z.B.) in die Golfstaaten, wo teils mehr Gastarbeiter als Einheimische leben; nach Südafrika, das für viele Tausend aus ostafrikanischen Krisenherden zur Zuflucht geworden ist; nach Kanada und Spanien ... (Bemerkenswert ist,) dass Gastarbeiter von überall in der Welt dreimal mehr Geld an Verwandte in der Heimat schicken, als der reiche Norden an staatlicher Entwicklungshilfe zahlt. Und dass die meisten Migranten nicht weit wandern.« Ein Drittel der weltweiten Binnenmigration, nämlich 260 Millionen Menschen, entfällt demnach auf China. Laut Pro Asyl (Stand 2012) bleiben 80 Prozent der Flüchtlinge in Nachbarstaaten. ■

unverständlicher, als der ver.di-Landesbezirksvorstand (breiteres Gremium) am 5. August 2013 beschlossen hatte, die »jetzt in Hamburg lebenden Flüchtlinge aus Libyen in ihren Forderungen nach Bleiberecht, menschenwürdigen Lebensbedingungen und Chance auf Arbeit zum Lebensunterhalt« zu unterstützen, zu einem Bündnis mit Betriebsräten, Initiativen, »zivilgesellschaftlichen Kräften« wie den Kirchen aufzurufen, Demonstrationen und Veranstaltungen durchzuführen etc. Zugleich forderte der Vorstand die Landesleitung auf, »in Zusammenhang mit »Lampedusa« arbeitsrechtliche Maßnahmen jeglicher Art zu unterlassen.

Was war das Vergehen des Fachbereichsleiters Peter Bremme? In einer Stellungnahme des ver.di-Bundesvorstands, Ressort Organisationspolitik, heißt es: »In Hamburg wurden durch den Landesbezirksfachbereichsleiter des FB 13 in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion bis zu 300 Personen in ver.di aufgenommen, die entweder einen Asylantrag gestellt haben oder ggf. stellen werden. Es handelt sich den entsprechenden Pressemitteilungen nach hierbei um libysche Flüchtlinge, die über den italienischen Hafen und das entsprechende Auffanglager Lampedusa eingereist sind. Unabhängig von der Notwendigkeit der politischen Unterstützung der Personen und den entsprechenden Beschlüssen des Bundeskongresses, die zum Beispiel eine politische Einflussnahme für Personen ohne Papiere oder eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Asylsuchende einfordern (A203/A201/A205), stellt sich jedoch insbesondere die satzungs- und organisationspolitische Frage, ob diese Personen auch Mitglied in ver.di werden können. (...) Ergebnis: Nach der derzeitigen Satzung ist eine Aufnahme der libyschen Flüchtlinge aufgrund der fehlenden Mitgliedschaftsvoraussetzungen – soweit erkennbar – nicht möglich.« Es geht um die Vertretung von Klasseninteressen, um Internationalismus und um die aktive Infragestellung von Gewerkschaften als Ordnungsmacht des sozialen Friedens im Kapitalismus.

Inzwischen lief hier eine Unterschriftaktion »Migrationskontrolle ist nicht unser Geschäft! – Für eine ver.di-Mitgliedschaft unabhängig vom Aufenthaltsstatus!«. Hierin

heißt es: »In der Vergangenheit hat sich ver.di damit profiliert, Projekte wie die Anlaufstellen für undokumentiert Arbeitende anzustoßen und zu fördern. Diese haben einen wichtigen Impuls in die Gewerkschaftsbewegung gegeben und konkret gezeigt, dass Arbeitende ohne Arbeitserlaubnis sehr wohl an gewerkschaftlicher Zusammenarbeit interessiert sind und Arbeitskämpfe mit ihnen erfolgreich geführt werden können. Wir sollten es tunlichst vermeiden diese neuen Realitäten mit überalterten Formeln und Annahmen zu konfrontieren. Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse ändern sich, und so muss es auch ver.di.«¹⁾

An größeren Orten wie Hamburg, Berlin, Frankfurt gibt es längst Anlaufstellen für die Betreuung von Flüchtlingen, die von starkem ehrenamtlichem Engagement getragen sind. Diese positiven Ansätze dürfen nicht zurückgedrängt, sondern müssen unterstützt und ausgeweitet werden. Der Europäische Wanderarbeiterverband, der zeitweise als »Tochtergewerkschaft« der IG BAU existierte und die Probleme der schwarz oder illegal am Bau Beschäftigten aufgriff und unter schwierigsten Bedingungen zu lösen versuchte, wurde leider nach ein paar Jahren eingestellt.

Die Gruppe der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg und ihre Unterstützer sind Beispiele für viele Initiativen aus einer vielfältig strukturierten Szene, die sich als Betroffene oder solidarisch für die Belange von Flüchtlingen, für Bleiberecht und gegen Abschiebung einsetzen. Wir weisen hier summarisch auf Verbände und Initiativen wie Pro Asyl, Kein Mensch ist illegal, No Border Network oder Voice Refugee Forum Germany.

Ein weiterer Gesichtspunkt betrifft den Stand der europäischen Integration unter der Dominanz der Kapitalverwertung. Auch die Asyl-, Grenz- und Migrationspolitik der EU enthält unverkennbar objektive Tendenzen zur weiter fortschreitenden Integration des kapitalistischen Europas. Die Darstellung der Grundlagen der Asylpolitik der EU, die Skizze ihrer rechtlichen und praktischen Fortentwicklung (Maastricht, Schengen, Dublin-Verordnung, Frontex) haben gezeigt, dass die Aufhebung der Binnengrenzen, die Verschärfung der Kontrolle der Außengrenzen, das Migrationsregime und die Verteilung der Lasten, die der Aufenthalt und die Versorgung von Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten mit sich bringen, die Staaten der Europäischen Union zu weiteren Integrationsschritten zwingen. Dazu gehört etwa die Verlagerung von Kompetenzen und Ressourcen von den nationalen Grenzpolizeien auf Frontex. Aus dieser »objektiven« Dynamik entsteht freilich kein Automatismus. Die »subjektiven« Faktoren, die dies umzusetzen hätten, zerlegen sich immer noch in die unterschiedlichsten Interessen seitens der Staaten, der Kapitalisten, der sozialen Klassen. Eine schlichte Aufhebung der Repression an den Grenzen ist am allerwenigsten in Sicht.

30. 11 2013 ■

Wir bitten um Hilfe bei der Suche nach . . .

. . . Dokumenten zur Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere Originale von Zeitungen wie »Gegen den Strom«, »Arbeiterpolitik«, »Volksrecht«, »Arbeitertribüne«, »Der internationale Klassenkampf« sowie Broschüren und Flugblätter von der KPD-O, der IVKO, wie auch der SAP. Wir möchten mithilfe unseres Archivs die Materialien dieser politischen Strömung zusammenhalten und allen Interessierten zur Verfügung stellen, bevor sie der grassierenden privaten Entsorgung zum Opfer fallen. GFSA e.V. ■

1) Das komplette Dokument ist als Flugblatt des ver.di-Ortsvereins zur Schüler-Demo am. 12.12.2013 zu finden unter: www.arbeiterpolitik.de

»Wilde Streiks« gegen Privatisierung – fünf Tage Verkehrschaos in Genua

Während in den deutschen Medien über Italien fast nur noch im Zusammenhang mit der Frage berichtet wird, ob der ehemalige Ministerpräsident Berlusconi ins Gefängnis muss oder nicht, hat die seit 2008 andauernde Krise das Land weiterhin fest im Griff. Und die Regierung versucht wie gehabt die Probleme mit ihren Mitteln in den Griff zu bekommen: Zu einem neuen Reformpaket gehören die Privatisierung staatlicher Betriebe, Kürzungen im Bildungssektor und Erleichterungen für Unternehmen beim Arbeitsschutz und bei den Steuern. Außerdem sollen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Auf Druck von Berlusconis PdL wird die Immobiliensteuer für das erste selbst genutzte Haus abgeschafft. An ihrer Stelle werden jedoch andere kommunale Abgaben erhöht werden. Schließlich gab es die lange versprochene Senkung bei den Lohnsteuern. Dies geschah allerdings nur in einer derart homöopathischen Dosis, dass es in der Arbeiterschaft eher Empörung als Zufriedenheit hervorrief. Die Gewerkschaften riefen aus Protest gegen dieses Programm zu einem Generalstreik am 14.11.2013 auf. Wie bei anderen Fällen zuvor konnte aber auch dieser Streik das Programm nicht verhindern.

Eine etwas andere Qualität hatte ein Streik in Genua, bei dem die Beschäftigten der städtischen Verkehrsgesellschaft AMT den Verkehr fünf Tage in Folge lahm legten. Ausgangspunkt war eine Mitteilung der Stadtverwaltung, dass die Verkehrsgesellschaft acht Millionen Euro benötige, um einem Bankrott im nächsten Jahr zu entgehen. Die Stadt beschloss darauf hin, der Gesellschaft kein neues Geld zuzuschießen, sondern Anteile daran zu privatisieren. Viele der von der Regierung beschlossenen Einsparungen der letzten Jahre gehen zu Lasten der Kommunen, und entsprechend haben viele städtische Gesellschaften Finanzprobleme. In Neapel musste Anfang 2013 der Busverkehr zeitweise eingestellt werden, da die Verkehrsgesellschaft nicht mehr in der Lage war, das Benzin zu bezahlen.

Da die Beschäftigten durch eine solche Privatisierung Verschlechterungen bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen fürchteten, traten sie am 19.11. in den Streik. Die offiziellen Gewerkschaften hatten mit diesem Streik am Anfang nichts zu tun. Weder der starke Berufsverband der Bus- und Straßenbahnfahrer noch die Ableger der konföderierten Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL ergriffen hierzu die Initiative.

Zwei Gruppen waren die treibende Kraft bei dieser Auseinandersetzung. Eine Reihe von Beschäftigten ist inspiriert von der 5-Sterne-Bewegung Beppe Grillos. Über einen Internetblog verbreitete diese Gruppe Informationen zur geplanten Teilprivatisierung und mobilisierte schon vor dem Streik zu Aktionen. Beppe Grillo selbst schloss sich auch einer Demonstration an, als er in Genua war. Die Lokführergewerkschaft ORSA (Organizzazione Sindacati Autonomi e di base) beschloss vor etwa einem Jahr, ihren Organisationsbereich auch auf den öffentlichen Nahverkehr auszudehnen. ORSA ist sehr stark und kämpferisch bei den italienischen Eisenbahnen und macht vehement Front gegen die »Berufsgewerkschafter«. Nach einigen Erfolgen in Mailand begann die Organisation zwei Monate vor dem Streik auch in Genua aktiv zu werden und Mitglieder zu werben.



Kein Service am Busbahnhof

Der Streik legte für fünf Tage den öffentlichen Nahverkehr in Genua lahm. Obwohl dies für viele BürgerInnen erhebliche Behinderungen mit sich brachte, die durch anhaltende Demonstrationen und Blockaden noch verstärkt wurden, standen die meisten EinwohnerInnen hinter den Streikenden. Erfahrungen in anderen Städten hatten gezeigt, dass mit der Privatisierung nicht nur die Fahrpreise stiegen, sondern auch Linien still gelegt wurden. Ab dem dritten Streiktag beteiligten sich auch die Beschäftigten anderer städtischer Betriebe am Ausstand. Sie drangen auch in eine Sitzung der Stadtverordneten ein und erzwangen deren Abbruch. Der Streik erhielt so langsam eine Bedeutung, die weit über Genua hinaus reichte. Auch die Streikenden waren sich dessen bewusst. Einer ihrer Slogans lautete »Wir sind der Funken Italiens«. Angestellte des öffentlichen Nahverkehrs in anderen Städten solidarisierten sich mit ihren Genueser KollegInnen und entsandten Abordnungen. Auch die bürgerliche Presse wurde nun aufmerksam. Die linksliberale »Repubblica« sah den »griechischen Albtraum« nach Italien hereinziehen. Der »Corriere della sera« wunderte sich, dass über eine Million Arbeitsplätze faktisch ohne Widerstand der Gewerkschaften abgebaut werden konnten, und nun, an einem vergleichsweise nebensächlichen Punkt, eine ganze Stadt paralytisch wurde. Das Schlagwort der »beni comuni« habe hier zu einer Unbeweglichkeit und zu einem Festhalten am Bestehenden geführt, das in anderen Bereichen längst überwunden sei. »Beni comuni« ist in Italien ein Begriff, mit dem linke KommunalpolitikerInnen, Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und Bürgerinitiativen gegen einen Ausverkauf kommunalen Eigentums und gegen einen Abbau öffentlicher Dienstleistungen argumentieren. Es gibt auch ein Netzwerk mit diesem Namen.

Diesem Netzwerk fühlt sich auch die Partei des Bürgermeisters Marco Doria verbunden. Er ist Mitglied der kleinen Linkspartei SEL (Sinistra Ecologia Libertà), die 2009 aus Rifondazione Comunista austrat, um ein festes Bündnis mit der Demokratischen Partei einzugehen. Doria gewann die Vorwahlen um den Kandidaten für das Bürgermeisteramt des Mitte-Links-Bündnisses gegen den Kandidaten der PD. Allerdings stellt die SEL wesentlich weniger Stadtver-

ordnete als die PD. Und die PD wollte die Teilprivatisierung durchsetzen. Angesichts seines linken Images war dem Bürgermeister diese Auseinandersetzung natürlich peinlich, und er suchte einen Kompromiss mit den Streikenden.

Als die politische Dimension des Konflikts immer deutlicher wurde und die Aktionsformen entsprechend militanter, wurden auch die Gewerkschaften aktiver. Sie forderten die Streikenden auf, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und nicht so sehr über Genua hinauszublicken. So versuchten sie auch, Delegationen aus anderen Städten am Reden zu hindern. Sie verhandelten nun einen Kompromiss mit der Stadt. Demnach werden – zumindest bis einschließlich 2014 – keine Anteile an der Gesellschaft verkauft, die Löhne und die Arbeitszeit bleiben unverändert und, um die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs zu sichern, schafft die Region Ligurien 380 neu Autobusse an, davon allein 200 für Genua. Einige »eher unrentable« Linien sollen allerdings an Subunternehmen verpachtet werden.

Dieser Kompromiss stieß in der Belegschaft auf geteiltes Echo. Die zeitliche Befristung der Zusage, nicht zu privatisieren, rief ebenso Widerspruch hervor wie die Fremdvergabe einiger Linien. Umstritten war aber auch die Form der Abstimmung: Der Versammlungsleiter beschloss »nach Augenschein«, dass die Mehrheit für den Kompromiss gestimmt hätte. Die kleine Gewerkschaft ORSA will nun Unterschriften sammeln, um eine erneute Abstimmung durchzusetzen.

Der größte Nachteil des Kompromisses ist aber, dass kein Disziplinierungsverbot vereinbart wurde. Als Staatsangestellte dürfen die Beschäftigten der Verkehrsgesellschaft nicht an »wilden Streiks« teilnehmen. Sie erhielten Bußgeldbescheide und sollen demnach für den ersten Streiktag 250 Euro und für jeden weiteren Streiktag 500 Euro zahlen. Das sind bis zu 2250 Euro pro Person, insgesamt über zwei Millionen. Hinzu kommen Verfahren gegen etwa einhundert Streikende wegen Straßenblockaden. Zur Unterstützung der Betroffenen wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet.

»Wilder Streik« auch in Florenz

Wie sehr die Ereignisse in Genua die Probleme der Städte widerspiegelten, aber auch die Stimmung der Arbeiterschaft zum Ausdruck brachten, zeigte sich wenige Tage später in Florenz. Hier traten die Beschäftigten der Nahverkehrsgesellschaft ATAF in einen Streik. Die Gesellschaft kündigte einseitig wichtige Tarifverträge, und die Stadtverwaltung plante eine Dreiteilung der Nahverkehrsgesellschaft in profitable, kostenneutrale und unrentable Linien. Die ArbeiterInnen sahen darin einen ersten Schritt zur Privatisierung, was von der Stadt auch nicht dementiert wurde. Hier war es die Basisgewerkschaft USB (Unione Sindacale di Base), die zum Protest aufrief. Diese Gewerkschaft ist im Betrieb gut vertreten und stellt auch den Vorsitzenden der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung. Die anderen Gewerkschaften riefen zwar nicht selbst zum Streik auf, stellten ihren Mitgliedern aber ausdrücklich frei, daran teilzunehmen. Am 5. und 6. Dezember legten so 560 BusfahrerInnen den Nahverkehr von Florenz lahm.

Bürgermeister von Florenz ist Matteo Renzi, der gerade zum Vorsitzenden der Demokratischen Partei gewählt wurde. Er will sich als forscher Reformier profilieren, macht populistische Sprüche gegen die alte Politikerkaste und will verstärkt marktliberale Positionen in der PD verankern. Seine politischen Vorstellungen gleichen denen, die in Großbritannien einst Tony Blair mit »New Labour« vertrat. Viele Streikende verstanden ihren Ausstand nicht nur als Antwort auf die Pläne der Stadtverwaltung, sondern auch als Protest gegen den Politiker Renzi. »Renzi – Feind aller Arbeiter« stand auf dem Transparent, das den Demonstrationen voran getragen wurde.

Nach zwei Tagen machten Arbeitgeber und Stadt Zugeständnisse an die Streikenden. Die Kündigung der Tarifverträge und die Zerschlagung der Gesellschaft wurden ausgesetzt. Hierüber soll mit jetzt mit den Gewerkschaften verhandelt werden. Die Streikenden waren mit diesem Ergebnis zufrieden und beendeten darauf hin den Streik. Wie in Genua werden aber auch hier die BusfahrerInnen mit Disziplinarverfahren zu rechnen haben. Dez. 2013 ■

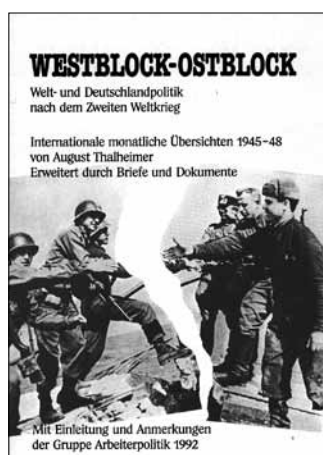
Auch 2014 wird wieder über den alliierten Luftkrieg z.B. auf Dresden diskutiert. Hier eine Darstellung vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes.



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld
April 1989, Auton. Nahostgruppe HH und Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 | 2,00 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Weiße Flecken
Über die tatsächliche Geschichte der Sowjetunion
Dez. 1990, Gruppe Arbeiterpolitik
74 Seiten A4, | 4,00 EUR



Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Bombenkrieg und Klassenkampf
Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte
Nov. 2008, Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 zweifarbig | 2,00 EUR

Bestellungen bitte per Email an arpo.berlin@gmx.de

Zum Verhältnis von Finanz- und so genannter Realökonomie

Buchbesprechung

»Apologie von links« von Guenther Sandleben/Jakob Schäfer

»Kritik gängiger linker Krisentheorien« (so der Untertitel) bietet ein neues, schmales, aber inhaltsreiches Buch von Guenther Sandleben/Jakob Schäfer. Apologie bedeutet bekanntlich »Verteidigung, Rechtfertigung«, hier unterstellt des Kapitalismus. Dies geschieht von Personen und Gruppen, von denen im Allgemeinen das Gegenteil erwartet wird, nämlich systemüberwindende Kritik. Dass dem nicht immer so ist, wird hier von den Autoren an vier Beispielen unserer Zeit dargestellt, woraus sie abschließend Folgerungen ziehen. Zusammenfassend sprechen sie hiermit linke Krisentheorien an, die den »Kapitalismus schön (reden), wenn sie meinen, die Ursachen der Krise lägen überwiegend im Finanzsektor, nicht aber im Kernbereich der kapitalistischen Wirtschaftsweise, also nicht dort, wo Waren produziert und abgesetzt werden« (S. 7). Damit legen sie den Finger in die Wunde so mancher innerlinken Diskussion und Publikation.

Sie beginnen mit drei Ansätzen, die sie als links-keynesianisch einordnen. Der erste ist die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, bekannter unter dem Namen »Memorandumgruppe« mit bekannten Namen wie Jörg Huffschmid (verstorben 2009), Rudolf Hickel, Herbert Schui. Sie sind seit den späten siebziger Jahren hervorgetreten mit regelmäßigen »Gegengutachten« zum Bericht des Sachverständigenrats der Bundesregierung. In diesen umfangreichen Memoranden vertreten sie einen Standpunkt, den Sandleben/Schäfer als »linkskeynesianische Unterkonsumtionstheorie«, in ihrer aktuellen Variante (seit den 1990er Jahren) als »Theorie vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus« ihrer Kritik unterziehen. Diese spitzt sich darauf zu, dass die »linkskeynesianische Botschaft ... das Kapitalverhältnis (beschönigt), wenn sie die Vorstellung von der Reformierbarkeit verkündet« (S. 25). Einen »sozialverträglichen Vollbeschäftigungskapitalismus« habe es » – von historischen Spezialsituationen abgesehen – « nie gegeben. Die Verschiebung der Krisenerklärung auf die Ebene eines »finanzmarktgetriebenen Kapitalismus« oder anderer Wortschöpfungen dieser Art, die »behauptete Vormachtstellung der Finanzinvestoren« lasse »die im fungierenden Kapital selbst steckenden Widersprüche verblässen« (S. 29). Hiermit komme die Memorandumgruppe insbesondere den vordergründig an Sozialpartnerschaft und Steuerbarkeit des Kapitalismus orientierten Interessen von Gewerkschaften und SPD entgegen. Ein Unterabschnitt dieses Kapitels trägt daher die bezeichnende Zwischenüberschrift: »Das Elend der alternativen Politikberatung«.

Der zweite Ansatz ist der der »Stamokap-Theorie« (Stamokap = Staatsmonopolistischer Kapitalismus), für die Lucas Zeise als Vertreter vorgestellt wird. Dieser in der Linken bekanntlich weit verbreitete Erklärungsversuch zeichnet sich durch die Behauptung aus, dass im Kapitalismus seit den 1890er Jahren große Monopole entstanden sind, die in der Lage seien, das Wertgesetz durch eine Kombination ökonomischer und politischer Macht »auszuhebeln«. Dem setzen Sandleben/Schäfer entgegen, dass die Konkurrenz auch auf dieser Ebene wirkt. Als Ursprungskern der Stamokap-Lehre, auf die sich Generationen von MarxistInnen seither bezogen haben, machen sie die Rezeption des Werkes »Das Finanzkapital« von Rudolf Hilferding aus und beziehen in ihre fundamentale Kritik daran auch Lenin ein.

Sie schreiben: »Der Österreicher Rudolf Hilferding revidierte in seinem erstmals 1910 erschienenen Buch »Das Finanzkapital« die Marxsche These nicht dadurch, dass er

sie kritisierte, sondern indem er den Anschein erweckte, als würde er sie wissenschaftlich fortentwickeln. Das Buch fand u.a. bei Otto Bauer, Karl Kautsky und selbst bei Lenin großen Beifall, der darin »eine höchst wertvolle theoretische Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus« sah. Die versteckte Revision der Marxschen Analyse wurde von Lenin recht kritiklos übernommen« (S. 56). Sie schildern die bekannte Argumentation des Zustandekommens des »Finanzkapitals« und spitzen sie im Lenin-Zitat zu: »Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs« (S. 57). Dem halten sie entgegen, dass Hilferding und Lenin Belege für diese Behauptung schuldig bleiben, und verweisen auf Marx: Die angeblichen Fähigkeiten der Banken, die gesamtgesellschaftliche Produktion zu kontrollieren, seien »Illusionen über die wunderwirkende Macht des Kredit- und Bankenwesens, die aus völliger Unkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise und des Kreditwesens als einer ihrer Formen« hervorgehen (S. 57). Sie berufen sich darauf, dass Geldkapital in der Produktion lediglich eine Form des fungierenden Kapitals sei, die dieses in den Metamorphosen (Formwandlungen) des Produktionsprozesses annehme. Wenn die Banken Leihkapital vergeben haben, sei es für die Geldhäuser eben weg, und es bestehe nur noch der Anspruch auf Rückzahlung des Kredits einschließlich Zins. Die Leitung des Produktionsprozesses habe weiterhin der industrielle Kapitalist. Auch wenn die Bank daran Eigentum habe, werde das Institut selbst nicht zum Industriekapital, baue z.B. keine Autos, sondern bleibe Bank. In der Realität sei der Umfang ohnehin gering: Die Beteiligung der inländischen Universalbanken an »Nichtbanken«, darunter Industriebetrieben, geben sie für das Jahr 2009 mit 160,2 Mrd. EUR bzw. 2,7 Prozent deren Aktiva an (Grafik S. 97). Produktives Kapital und Zinskapital wollen zwar das Gleiche, nämlich Profit, haben aber grundsätzlich getrennte Wertungskreisläufe. Die Widerlegung des Theorems von der Macht der Banken über die »Realwirtschaft« zieht sich, mit vielen in diesem Rahmen nicht aufzählbaren Argumenten, durch das ganze Buch.

Als dritter linkskeynesianischer Ansatz wird die »Zwei-Welten-Theorie« von Michael Heinrich dargelegt (die wir hier allerdings übergehen).

»Das fiktive Kapital als treibende und zerstörende Macht« wird im nächsten Kapitel als Theorieansatz der »Gruppe Krisis« vorgestellt (Lohoff/Trenkle, Die große Entwertung, Münster 2012). Sie sind keine Linkskeynesianer, »sehen weder in einer keynesianischen Nachfragesteuerung bzw. Umverteilungspolitik in Richtung höherer Löhne noch in einer Reform des Finanz- und Bankensektors eine Lösung der schwerwiegenden Verwerfungen« (S. 79). Auf den zweiten Blick aber zeigen sich überraschende Gemeinsamkeiten, nämlich in der Vorstellung von der Eigenständigkeit des Finanzsektors und in der Behauptung, die neoliberalen Re-

1) Mir ist bewusst, dass es hierzu unterschiedliche Auffassungen gibt (vgl. auch Arpo Nr. 1/2 2013). Sandleben/Schäfer wird vorgehalten, sie hätten Lohoff/Trenkle falsch interpretiert. Ich habe »Die große Entwertung« gelesen und bin der Auffassung, dass der Gesamtzusammenhang der Argumentation von Lohoff/Trenkle so zu verstehen ist, wie Sandleben/Schäfer ihn kritisieren. Auf Einzelheiten dieses Textes und mündliche Beiträge in Diskussionsveranstaltungen mit den Autoren Lohoff/Trenkle bzw. Sandleben/Schäfer kann hier nicht eingegangen werden.

gierungen (nicht Verwertungszwänge des Kapitals) hätten vor mehr als dreißig Jahren den »Startschuss« für die »gewaltige Aufblähung« und für die »weltweite Entfesselung der Finanzmärkte« gegeben. Sandleben/Schäfer bestreiten die von Lohoff/Trenkle unterstellte »Abschmelzung der Wertbasis«, führen vielmehr Zahlen und Fakten ins Feld, die deren Ausweitung (z.B. das Wachstum der lohnabhängigen Beschäftigung in Entwicklungs- und Schwellenländern um jährlich 2,1 Prozent laut Zahlen der ILO) belegen.

Fiktives Kapital als Verdoppelung oder Verdreifachung weisen sie – auch unter Berufung auf Marx – zurück: Während bei einem Kauf/Verkauf zwar Geld weggegeben werde, bleibe der Wert erhalten, wenn der Käufer die Ware bekomme; bei einem Kredit dagegen werde nicht nur das Geld, sondern auch der Wert weggegeben, der Verleiher erhalte lediglich ein Rückzahlungsversprechen; sinngemäß gelte das auch für Aktien, Anleihen und Derivate. Hierzu Marx: »Der verleihende Kapitalist gibt sein Kapital weg, überträgt es an den industriellen Kapitalisten, ohne ein Äquivalent zu erhalten« (MEW, Bd. 25, S. 359, zitiert bei Sandleben/Schäfer S. 84). Insgesamt sei das Lohoff/Trenkle-Konzept einer »Mirakel-Ökonomie«, eines »inversen Kapitalismus«, der Wert aus der Ansammlung von Ansprüchen ziehe, theoretisch haltlos.

Ihr Schluss zu diesem Kapitel ist daher: »Vom Standpunkt der Krisentheorie aus betrachtet, reduzieren Lohoff/Trenkle das vielfältige Krisengeschehen auf einen einzigen Punkt, auf die »fundamentale Krise der Wertverwertung, die durch die angeblich schrumpfende Wertbasis entstanden sein soll. Alles andere ist keine Krisentheorie mehr, sondern lediglich eine missglückte Erklärung dafür, warum der Kapitalismus noch nicht zusammengebrochen ist.«

Im nächsten Kapitel, einem Exkurs, kommen Sandleben/Schäfer grundsätzlich auf das Thema »die Macht der Banken« zurück: »Unsere Kritik der Krisentheorien enthält eine Kritik der These von der besonderen Macht der Banken. Allgemein formuliert beinhaltet unsere Gegenthese Folgendes: Bankgeschäfte, Zinsgeschäfte, Waren- und Dienstleistungsgeschäfte sind zusammengehörende Teile des kapitalistischen Gesamtprozesses; entsprechend bilden Bankkapitale, Industriekapitale, Handels- und sonstige Dienstleistungskapitale Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Im Zusammenwirken all dieser Kapitalsorten besteht das Kapitalverhältnis.« (S. 91) Im Folgenden wird das anhand der verschiedenen Bankgeschäfte, geteilt in die Hauptgruppen »Commercial Banking« (Kerngeschäfte wie Zahlungsverkehr, Spareinlagen und Kreditierung) und

»Investment-Banking« (Kapitalmarkt, Aktien, Anleihen, Derivate), ausgearbeitet. Aus all diesen Geschäftsfeldern erwächst keine besondere Fähigkeit der Banken, etwa das Industriekapital in großem Stil zu beherrschen. Das belegen nicht zuletzt Grafiken, in denen gezeigt werden kann, dass Banken eben keine höheren Profite (Rendite) generieren als andere Branchen.

Im letzten Kapitel folgen Überlegungen, wohin die Krise treibe. Hier widersprechen die Autoren den verbreiteten Einschätzungen unter Keynesianern, dass die Krise durch Regulierung der Finanzmärkte, durch Eindämmung des Finanzkapitals, durch antizyklische Politik usw. steuerbar sei. Freilich geben sie keine Prognose ab. Sie benennen Risikofaktoren. Darunter heben sie vor allem die Staatsverschuldung hervor. Diese habe darin ihren kapitalistischen Zweck erfüllt, dass sie die Auswirkungen der Überproduktions- und Finanzierungs Krise von 2008/9 gerade noch habe auffangen und damit das kapitalistische System vorläufig stabilisieren können. Die Staaten, insbesondere die der Eurozone, seien dabei aber völlig überschuldet worden. Die krisenverursachenden Faktoren seien dadurch nicht beseitigt, sondern nur in eine Warteschlange verschoben worden. Schon die nächste konjunkturelle Krise, die sich bereits abzeichne, habe als daher als »kombinierte Krise« systemgefährdenden Charakter. Über diese allgemeine, abstrakte Charakterisierung hinaus legen sie sich berechtigterweise jedoch nicht fest: »Entweder der klassenbewusste Widerstand von unten bleibt auf dem niedrigen Niveau, wie wir ihn heute – selbst in Südeuropa – immer noch haben. Dann drohen Massenelend, barbarische Lebensverhältnisse und gewaltige Bereinigungskrisen des Kapitals... Oder aber es kommt zu einer Belebung des Klassenbewusstseins und des aktiven Klassenkampfes von unten. Dann gibt es eine Chance, dass dies nicht alles auf Kosten der Klasse der Lohnabhängigen abgewickelt wird. Dann könnte daraus auch der Mut zum Kampf für ein anderes Wirtschaftssystem erwachsen.« (S. 138)

Das Buch ist eine Streitschrift. Wenn jemand konsequent entlang dem Marxschen »Kapital« argumentiert und dabei revisionistische Auffassungen dechiffriert, überzeugt das. So auch hier. F., Hanau, 31.10.2013 ■

Guenther Sandleben/Jakob Schäfer, **Apologie von links.** Zur Kritik gängiger linker Krisentheorien, Neuer ISP-Verlag, Köln 2013, ISBN 978-3-89900-141-9, 145 Seiten, kartoniert, 14,80 EUR.

Abschied von Norbert Ließ, Salzgitter

Im vergangenen Sommer hat uns mit Norbert einer der letzten Genossen für immer verlassen, die nicht nur Zeugen der Geschichte der »Hütte« – heute »Salzgitter AG« – waren, sondern sich ein Arbeitsleben lang aktiv an allen Auseinandersetzungen um die Lebensbedingungen ihrer Kolleginnen und Kollegen beteiligt haben. Norbert war, wie Wolfgang Räschke, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Salzgitter-Peine, anlässlich seines 80. Geburtstags sagte, »nie ein Mann der ersten Reihe, aber bei allen Kämpfen, Auseinandersetzungen und Aktionen immer dabei, und zwar auf der richtigen Seite.«

Norbert wurde am 8. August 1932 in Breslau geboren und kam 1946 als Flüchtling nach Salzgitter-Steterburg. Er wurde, wie es bei seiner Ehrung hieß, »ein richtiges Hüttenkind«: Seine Ausbildung zu Stahlbauschlosser begann

1949/50, zur Zeit des Abwehrkampfes gegen die Demontage der Hütte, als es nicht nur um die Arbeitsplätze des Großbetriebes und damit um die Existenz der ganzen Region ging, sondern zugleich um den Widerstand gegen ein System, das den arbeitenden Menschen nach dem Ende des 2. Weltkriegs zunächst in Form der militärischen Besatzungsmacht entgegengerat. Waldemar Bolze im März 1950: »Wenn Vernunftgründe entscheiden könnten, wäre das Argument, es gehe bei dieser Demontage um die Vernichtung deutschen Rüstungspotentials, kinderleicht zu widerlegen anhand der Gegenargumente des Betriebsrats und der Werksleitung. Aber es geht nicht um Vernunftgründe. Es geht um die materiellen Interessen einer kapitalistischen Mächtigengruppe, die aus Selbsterhaltungstrieb auch vor dem Weg über Leichen nicht zurückschreckt – es sei denn, dass

eine größere Kraft ihr diesen Weg ver-sperrt.«

DGB-Führung wie auch SPD und KPD gingen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlicher Akzentsetzung, als Bestandteil ihrer Politik vom »Potsdamer Abkommen« aus, in dem die Siegermächte u.a. die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen sowie Reparationsleistungen und die Demontage der Schwerindustrie als Grundlage deutschen Rü-stungspotentials vereinbart hatten. Die Gruppe stellte dem entgegen: »Die deut-schen Proletarier können nicht mobili-siert werden für die Durchführung des Potsdamer Abkommens, sondern nur für ihre Klasseninteressen.«

Bis auf drei Jahre bei Büssing verbrachte Norbert sein Arbeitsleben auf der Hütte, nach seiner Rückkehr im Wasserwerk II – gewerkschaftlich als Vertrauensmann und Mitglied der Vertreterversammlung aktiv, politisch in der Gruppe Arbeiterpolitik. Der IG Metall trat er 1956 bei, seine politischen Ziehväter wurden Paul Elflein und Fritz Lübbe. Auch vor Einsatz von Leib und Leben scheute er nicht zurück: als durch den Ausfall der Kühlwasserversorgung eine für seine Kollegen und das Werk bedrohliche Lage an den Hochöfen entstand, gelang es ihm, die Wasserzufuhr aufrechtzuerhalten – für seinen »gefährlichen Einsatz« wurde er von der Werksleitung ausgezeichnet.

Verbunden mit Norberts politischen Aktivitäten waren sein Engagement bei den Freidenkern, den Naturfreunden, im Arbeitskreis Stadtgeschichte Salzgitter, auch seine Zugehörigkeit zum Chor in Salzgitter-Fredenbergl. In den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts trat er dem Arbeitskreis Literatur der Arbeitswelt bei, Texte aufnehmend und selber schreibend; weiterschreibend auch nach Auflösung des Arbeitskreises, für die Zeitschrift der Freidenker, auch als Beleg für betriebliche und gewerkschaftliche Kommentare unserer Zeitung. Was er sich lesend angeeignet hatte – und er las viel – gab er weiter, sei es in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, in Wortbeiträgen auf Betriebs-versammlungen, auf gewerkschaftlichen und politischen Ver-anstaltungen oder beim Salzgitter-Forum.

Am 29. Mai 1969 fand in Salzgitter eine Veranstaltung der »Aktion Demokratischer Fortschritt« statt. Norbert lud die französische Journalistin Beate Klarsfeld ein, bekannt durch ihr Engagement bei der Aufklärung und Verfolgung von NS-Verbrechen; ein halbes Jahr zuvor, am 7. November 1968, hatte sie den damaligen deutschen Bundeskanzler Kiesinger auf dem CDU-Parteitag in der Berliner Kongresshalle mit dem Ruf »Nazi, Nazi, Nazi!« geohrfeigt – als einen Hauptverantwortlichen für den Auslandsrundfunk während der Nazizeit, der antisemitische Propaganda und Kriegspropaganda verbreitete. Eine Einladung zur Veranstaltung landete beschmiert wieder im Briefkasten von Familie Ließ – Beate Klarsfeld wurde als »dreckige Jüdin« und »koschere Hure« beschimpft, Norbert als »Judenlummel« aufgefordert sich beschneiden zu lassen; ihn bestätigten solche Angriffe, denen er wiederholt ausgesetzt war, in der Notwendigkeit seiner politischen Arbeit.

Ende der 50er Jahre hatten Erika und Norbert sich kennengelernt, 1958 geheiratet. Im gleichen Jahr wurde ihr Sohn Roland geboren. Erika, geboren und aufgewachsen in Goslar, hatte vor ihrer Heirat in Wolfsburg bei Tengelmann gearbeitet, nach der Geburt ihres Sohnes bis zur Rente ab 1990 bei Blaupunkt Salzgitter. Im gleichen Jahr endete auch Norberts Tätigkeit im Wasserwerk der Hütte. Die



Norbert Ließ †, Salzgitter

politische Arbeit war immer eine gemeinsame, alle die Konsequenzen daraus wurden gemeinsam getragen – nicht nur Herausforderung, oft auch Belastung für die Familie. Nicht zu vergessen die gemeinsame Betreuung alter Genossinnen und Genossen wie Herma und Fritz Lübbe, die sie bis zum Tod begleiteten und pflegten.

Norberts 80. Geburtstag 2012 wurde zum gemeinsamen Jubiläum mit den gleichaltrigen Kollegen und Mitstreitern Gerd Graw, über Salzgitter hinaus bekannt durch sein politisches Engagement und seine Publikationen, und Walter Gruber, den politisch nach wie vor aktiven ehemaligen Betriebsratsvorsitzen der Hütte. Eingefunden unter den zahlreichen Gästen hatten sich auch Hans Modrow, der letzte DDR-Ministerpräsident, und das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Schmitthenner. »Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – für Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft« war das Motto des Forums, auf dem die drei geehrt wurden. Werner Kubitzka, ehemaliger Vorsitzender der IG Metall in Salzgitter, schilderte die Entwicklung des Forums, gegründet 1991 aufgrund wiederholter ausländerfeindlicher Übergriffe, beschrieb die Formen des Widerstands gegen die Aktionen der Faschisten – Plakat-Aktionen, Demonstrationen, Lichterketten. Horst Schmitthenner nannte als Ursache für die »Rechtsentwicklung in Europa«, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, warnte vor der zunehmenden Verbreitung rechtsnationalen Bewusstseins in Deutschland: »Vor allem darf man den Rechten nicht den öffentlichen Raum überlassen.«

Viel aus Norberts Leben bleibt nachzutragen. Was er schriftlich hinterlassen hat – Gedichte, Erzählungen, Berichte aus seiner Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit – wird gesammelt vom städtischen Salzgitter-Archiv, eine Auswahl daraus zur Veröffentlichung vorbereitet.

Für uns bleibt Norbert Beispiel und Vorbild – als Kollege und Genosse, zuverlässig und unermüdlich in seinem Einsatz, sei es im Betrieb, bei politischen Aktionen oder beim Vertrieb und bei der Mitarbeit an unserer Zeitung; die eigenen Belange zurückstellend, wenn Solidarität gefordert war; einstehend für Überzeugungen und Einsichten, die er in der Zusammenarbeit mit Genossinnen und Genossen und aufgrund seiner Erfahrungen erworben hatte – dabei stets offen für Meinungen anderer, persönlich zurückhaltend, bescheiden in seinem Auftreten. Unbeirrbar aber zugleich, auch wenn ihm sein offenes Auftreten Nachteile einbrachte, wissend: »Für die, deren Zeit gekommen ist, ist es nie zu spät«. (Brecht)

Die Geburtstagsfeier am 2. November 2012 bleibt Erinnerung an Norberts letzten öffentlichen Auftritt. Am 16. Juli 2013 starb er. Viele fanden sich ein zur Trauerfeier, um Abschied zu nehmen, sich auszutauschen über Vergangenes und über gemeinsame Anliegen und Aufgaben – im Sinn des von Norbert geliebten Liedtextes von Bertolt Brecht:

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.

Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.